Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.
Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 9. **Halle a. S., Donnerstag, den 7. Januar** **1909.**

Finanzreform und Parteipolitik.

Während der parlamentarischen Weihnachtspause hat sich die Presse des Zentrums und der Rechtsparteien eifrig mit Betrachtungen über die taktische Haltung zur Reichsfinanzreform beschäftigt. Führende Organe des Zentrums haben geflissentlich darauf hingewiesen, daß auch gegen die Konservativen eine Mehrheit im Reichstag gebildet werden könne, wenn die liberalen Parteien, einschließlich der Nationalliberalen, mit dem Zentrum zusammengehen, abgesehen davon, daß diese Mehrheit zumeist noch durch die sozialdemokratische Stimme verstärkt werden würde. Es ist richtig, daß die liberalen Parteien und das Zentrum über eine zur Mehrheitsbildung erforderliche Stimmenzahl verfügen, und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der weiteren Beratung eine solche Mehrheit sich zusammenfindet. In der Steuerkommission sind bei der Frage der Veredelung der Matrikularumlagen die Konservativen in der Minderheit geblieben, der freisinnige Antrag ist gegen die Stimme der Konservativen angenommen worden.

Die Auslassungen der Zentrumspresse haben im konservativen Lager einige Unruhe hervorgerufen. Dort ist von Anfang an unverkennbar das Bestreben vorhanden gewesen, mit dem Zentrum Fühlung zu gewinnen, um zu verhindern, daß Steuervorlagen, die den Konservativen nicht genehm sind, wie die Nachlaßsteuer, zur Annahme kommen. Das Werben um das Zentrum wird auch jetzt in der „Kreuzzeitung" fortgesetzt. In einem Artikel „Aus dem Zentrumslager" stellt das leitende Blatt der Konservativen über die Haltung der Zentrumspresse Betrachtungen an, die zwischen den Zeilen unzweifelhaft den Wunsch erkennen lassen, mit dem Zentrum Hand in Hand zu gehen. Es wird betont, daß Konservative und Zentrum als Parteien, die im Christentum wurzelten, bleibende Berührungspunkte hätten, und daß sie oft genug in befreundeten Heerlagern gestanden hätten; es wird hervorgehoben, daß die Zentrumsauslassungen die Position der Liberalen im Block verstärkt hätten, da diese sich in die Lage versetzt glaubten, je nach Belieben eine doppelte Mehrheit bilden zu können.

Die liberalen Parteien, insonderheit die Freisinnige Volkspartei, können diese Auseinandersetzungen mit kühler Gelassenheit verfolgen. Sie haben sich bereit erklärt, an der Ordnung der Reichsfinanzen mitzuwirken unter der Voraussetzung, daß die gesetzgeberischen Vorschläge ihren Anschauungen entsprechen. Die Freisinnigen haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran denken, um parteitaktischer Rücksichten willen einen Wettlauf mit anderen Parteien in der Bewilligung neuer Steuern zu unternehmen. Wer in der Volksvertretung der Regierung grundsätzlich Opposition macht, wird sich nicht leicht versucht fühlen, ihr die Sorgen für die Deckung der Ausgaben abzunehmen oder die Verantwortung für die Erhöhung und Vermehrung der Steuern mit ihr zu teilen. Es ist viel bequemer, Steuervorlagen abzulehnen als anzunehmen. Aber mit der Ablehnung ist es nicht immer getan; wer nichts als Nein sagt, wenn auch mit langen Reden, gibt den Anspruch auf, die Gestaltung der neuen Steuern maßgebend zu beeinflussen, und läuft Gefahr, eine noch unerfreulichere Entwickelung heraufzubeschwören, als sie bei seiner Mitwirkung eingetreten wäre. Wer dagegen die Hand zur Lösung der gesetzgeberischen Aufgaben bietet und redlich daran mitarbeitet, zwingt die Regierung und die Parteien, auf seine Anschauungen und Wünsche Rücksicht zu nehmen. So spröde ist keine Partei, wie sie auch heiße, daß sie nicht, wo sie gebraucht wird, zu erreichen suchte, was sie zu erreichen vermag, daß sie nicht in guten Zeiten unter Dach und Fach zu bringen bemüht wäre, was in schlechten Zeiten für sie von Wert sein kann. Sie muß dabei nur offen und loyal handeln. Offen und loyal darf hinzugefügt werden, daß die bürgerliche Linke auch bei Erfüllung mancher ihrer Wünsche in der allgemeinen Politik keiner neuen Steuer zustimmen wird, die sie für unnötig oder verderblich ansieht.

Die Regierung weiß, daß die Zugehörigkeit der bürgerlichen Linken zum Block auf der Voraussetzung liberaler Konzessionen beruht. Wenn es daran gebricht, wenn sie zulange hinausgeschoben oder in homöopathischen Dosen verabreicht werden, wird die Stimmung für die Finanzreform nicht verbessert.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Nach den nunmehr für die nächsten Monate aufgestellten Reisedispositionen des Kaisers wird, wie wir erfahren, die früher geplante Reise nach dem Mittelmeer mit dem längeren Aufenthalt im Schloß Achilleion auf Korfu nicht stattfinden. Die Reisen der kaiserlichen Familien sind für dieses Jahr sehr eingeschränkt worden. — Man geht nicht fehl, wenn man diese neuen Dispositionen mit der vom Kaiser gewünschten Sparsamkeit im Hofhaushalt in Verbindung bringt. Von der gleichen Sparsamkeitsanordnung meldet folgende Mitteilung: Kaisers Geburtstag soll diesmal im einfacheren Rahmen gefeiert werden, obgleich man eine Anzahl Gäste, wie die Könige von Württemberg und Sachsen, erwartet. Das Sparsamkeitsprinzip soll bei Hofe streng durchgeführt werden.

— Der König von Sachsen gewährte gestern mittag im Schlosse zu Dresden im Beisein des Ministers des Auswärtigen Grafen v. Hohenthal und Bergen dem badischen außerordentlichen Gesandten Wirkl. Geh. Rat Grafen von Berckheim zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens eine feierliche Audienz.

— Der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt ist gestern von Berlin nach Erfurt abgereist.

— Graf von Ballestrem, der ehemalige Präsident des Reichstags, hat, wie aus Münster berichtet wird, einen Schlaganfall erlitten, der eine Lähmung der rechten Hand zur Folge hatte.

Der Kampf des Kanzlers mit dem Zentrum.

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." schreibt an der Spitze ihrer gestrigen Ausgabe:

Die „Germania" hatte in einem Artikel vom 5. ds. über die Stimmung in Wien eine ihr angeblich von unterrichteter Seite zugegangene Zuschrift veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Wer auf Berlin vertraut, hat auf Sand gebaut..." Diese Empfindung gelangt beispielsweise offen zum Ausdruck in der christlich-sozialen Reichspost vom 1. d. M. durch eine von einem österreichischen Diplomaten in Berlin herrührende Zuschrift, welche die Forderung erhebt, daß Deutschland mehr als bisher in Konstantinopel im Interesse Oesterreich-Ungarns wirken solle.

Wie wir hören, hat der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter diese Behauptung amtlich für eine absurde und böswillige Erfindung erklärt." — —

Jetzt ist es Sache der „Germania", oder richtiger des Herrn Math. Erzberger, M. d. R., seinen diplomatischen Gewährsmann aus der Versenkung hervorzuholen. Vermutlich wird sich aber die „Germania" diplomatisch — drücken!

Die Abkehr vom Optimismus.

Der Kaiser und die Generale.

Gegen die Ansprache des Kaisers an die Kommandierenden Generale wendet sich die „B. Z. a. M.", indem sie schreibt: „Mit dem Inhalt dieses Artikels hat der Kaiser sich einverstanden erklärt. Dieser Artikel ist aber von einem tiefen Pessimismus hinsichtlich der politischen Lage durchtränkt. Er schildert zunächst die militärische Lage Europas so, daß „in der Mitte ungeschützt Deutschland und Oesterreich stehen, ringsherum hinter Wall und Graben die übrigen Mächte". Diese Darstellung hat etwas ungemein Befremdendes, und noch erstaunlicher ist es, daß der Kaiser sie billigen kann. Erstens nehmen wir bis zum Nachweis des Gegenteils an, daß Deutschland seine Festungen in besserem Stand hat, und daß alle Vorkehrungen für den Grenzschutz getroffen sind. Man darf wohl hoffen, daß Moltkes solide Schule noch bis in die Gegenwart nachwirkt. Zweitens aber darf die Verteidigung eines Landes doch nicht einseitig in fortifikatorischer Stärke gesucht werden, und man kann von einem Lande, das über ein trefflich ausgebildetes und ausgerüstetes Millionenheer verfügt, unmöglich behaupten, daß es „ungeschützt" sei. Indessen würden wir die Debatte über diese Fragen den militärischen Sachverständigen überlassen, wenn nicht in dem Artikel ausdrücklich hervorgehoben wäre: zwischen den einschließenden und den eingeschlossenen Mächten bestehen schwer zu beseitigende Gegensätze. Es ist hier mit der größten Prägnanz der Gedanke der Eintreisung ausgesprochen worden, den man von offiziöser Seite so oft zurückgewiesen und verhöhnt hat. Diejenigen Publizisten, die in den letzten Jahren die englische Politik in diesem Sinne kommentierten, sind immer aufs neue von den maßgebenden Stellen darüber belehrt worden, daß ihre Auffassung eine gänzlich irrige sei. Jetzt bestätigt sie der Kaiser, und er bestätigt sie im Kreise der Kommandierenden Generale. Man wird zugeben, daß es nicht allein darauf ankommt, was gesprochen wird, sondern auch, vor wem es gesprochen wird, und daß es gleichgültig ist, ob der Kaiser eigene Anschauungen ausspricht, oder ob er die Darlegungen eines Artikels bestätigt. Wir können auch nicht der Ansicht sein, daß diese Ansprache sich als nützlich und opportun erweisen werde. In dem Artikel, mit dem der Kaiser sich einverstanden erklärte, heißt es unter anderem, die Stellungen, die die verbündeten Mächte eingenommen hätten, seien so günstig, daß sie allein durch ihr Vorhandensein eine beständige Drohung bilden und selbsttätig auf das durch den Wirtschaftskampf und die Geschäftskrisen erschütterte deutsche Nervensystem wirken. Hierzu muß bemerkt werden, daß von „verbündeten Mächten" in diesem Zusammenhange doch nicht gesprochen werden sollte, denn ein Bündnis, das seine Spitze gegen Deutschland richtet, liegt ja wohl einstweilen noch nicht vor. Die Ansprache des Kaisers war eine militärisch-politische und wird im Auslande ihren Nachhall nicht verfehlen."

Daß das Berliner Mittagsblatt mit diesen Ausführungen nicht so ganz Unrecht hat, beweisen die Kommentare Londoner Blätter, von denen der „Daily Expreß" ausführt, daß der Kaiser das neue Jahr mit dem sehr deutlichen Wink begonnen hat, daß er keineswegs die Absicht hat, sich mit der bescheidenen Rolle eines konstitutionellen Monarchen zu begnügen. Der sensationelle Anfang, den der Kaiser im neuen Jahre gemacht hat, wird die Aufgabe seiner Minister kaum erleichtern. Diese Fragen seien aber innere deutsche Angelegenheiten, die das Ausland nichts angehen, abgesehen von ihrem natürlichen Interesse an der Entwickelung eines so großen Landes wie Deutschland. Aber, fragt der „Daily Expreß", haben der Kaiser und Graf Schlieffen mit ihren Ansichten über die internationale Lage unrecht? Im Gegenteil, man müsse zugeben, daß sie in einem Punkte recht haben. So lange die deutsche Politik so geführt wird, wie sie in den letzten zwanzig Jahren geführt worden ist, so lange werden die anderen Völker Deutschland mit Mißtrauen betrachten. Deutschland hat durch seine unstete und sprunghafte Politik dieses Mißtrauen verdient.

Ein anderes englisches Blatt sagt:

„Am meisten Eindruck macht hier die Erklärung des Grafen Schlieffen, daß England ein unversöhnlicher Feind Deutschlands ist. Die Zustimmung des Kaisers zu dieser Ansicht, meint ein englisches Blatt, wird einen peinlichen Eindruck in England hervorrufen. Man fragt auch, was die anderen, in dem betreffenden Artikel erwähnten Länder dazu sagen werden, daß der Kaiser die Stellen, die sie betreffen, gutgeheißen hat. Italien wird als Anwärter auf den südwestlichen Teil von Oesterreich bezeichnet, Rußland als natürlicher slavischer Gegner des Deutschen Reiches dargestellt; Frankreich als unversöhnlicher Erbfeind."

„Anno 1908."

Ueber das wirtschaftliche Leben im Jahre 1908 und über die Ursachen der Depression in Handel und Wandel schreibt der Reichstagsabg. Conrad Haußmann im „März":

„Die wirtschaftliche Lage ist noch weit schwieriger und gedrückter geworden: Arbeitseinstellungen, Arbeit unter dem Selbstkostenpreis, ein fast ausnahmslos schlechtes Weihnachtsgeschäft, Unterbilanz im privaten und staatlichen Haushalt, in Gemeinde Einzelstaat und Reich. Eine der Ursachen, aber eine scharf mitwirkende Ursache ist die gespannte auswärtige Lage. In allen fünf Weltteilen haben sich 1908 politische Bewegungen angebahnt oder vollzogen. Die Welt ist rege gewesen. Die imperialistischen und nationalistischen Strömungen, die von Europa seit einer Generation ausgehen, wirken schon lange ansteckend und bereiten den Heimatländern imperialistischer Gedankengänge wachsende Schwierigkeiten. Es ist mit dem Imperialismus wie mit dem Schutzzoll: Wenn einer allein den Schutzzoll anwendet, ist er ein System von lukrativer Schlauheit; wenn ihn die andern nachahmen, wird er eine Torheit und eine Strafe jedenfalls für alle, die durch Beschränkung der Naturschätze auf Einfuhr angewiesen sind. Deshalb war das deutsche Hochschutzzollsignal eine Ungeschicklichkeit, deren Wirkung sich mit jedem Jahr steigern wird. Die Auferweckung imperialistischer Instinkte bei den andern durch eigene Weltmachtsproklamierung ist für das Volk am wenigsten klug, das infolge von Bevölkerungszunahme und produktiven Eigenschaften den stärksten Hang zur wirtschaftlichen Expansion hat. Das jedenfalls dann, wenn seine Bewohner die hervorragende Fähigkeit haben, wirtschaftliche Wurzeln und Verästelungen auch über die Nachbargrenzen, ohne Gebietsokkupationen, hinüberzusenden. Diese Fähigkeiten besitzt der Deutsche in einem Maß, das unser Stolz und die Sorge der andern ist. Die Errichtung imperialistischer Scheuklappen und Schlagbäume ist für Deutschland, das zur Ernährung seiner Bevölkerung den Export wegen der in ihm liegenden Erhöhung der Arbeitsgelegenheit immer weniger entbehren kann, ein Fehler, den die deutsche Politik leider nicht vorhergesehen hat, so sicher sein Schaden vorauszuberechnen war."

Die Angelo Jankschen Reichstagsbilder

sind — wie das „Berliner Tagebl." meldet — gestern mit Zuhilfenahme großer Holzgerüste von der Wandfläche über der Bundesratseitrade entfernt worden. Die Bilder sollen, wie verlautet, auch nicht wieder angebracht werden. Der Beschluß, die Bilder zu entfernen, soll vom Seniorenkonvent gefaßt worden sein. Ob die Ausschmückungskommission einen solchen Beschluß dem Seniorenkonvente empfohlen hatte, ist nicht bekannt geworden. In finanzieller Beziehung soll zwischen Reichstag und Künstler eine befriedigende Einigung erfolgen. Bedauerlich wäre es aber, wenn die Jankschen Bilder das Schicksal der Struckschen Gobelins teilen sollten. Professor Struck erhielt ebenfalls Honorar, sein Produkt aber steht staubbedeckt auf dem Boden eines stillen Winkels im Reichstagshause.

Deutschlands Beteiligung an der Brüsseler Weltausstellung.

Die Vorarbeiten für die deutsche Abteilung auf der Weltausstellung zu Brüssel im Jahre 1910 haben einen befriedigenden Verlauf genommen. Eine große deutsche Verkehrsabteilung kann als gesichert angesehen werden. Die deutsche Maschinenhalle ist bereits besetzt, und auch für die anderen Hallen für die verschiedenen anderen Industrien laufen die Anmeldungen in großer Zahl ein.

Die Wiedereinführung der Prügelstrafe.

Die agrarische „Dtsch. Tagesztg." schreibt bei der Erörterung der Novelle zum Strafgesetzbuch — anläßlich der angekündigten Verschärfung der Strafen für Roheitsverbrechen: „Leider wird man sich an maßgebender Stelle wohl kaum entschließen, für gewisse viehische Roheitsverbrechen die einzig geeignete Strafart einzuführen. Ob im Reichstage die zu erwartende Novelle nach dieser Richtung ergänzt, verbessert und verschärft wird, bleibt abzuwarten."

Mit dieser „einzig geeigneten Strafart" meint das Bündlerblatt natürlich die Prügelstrafe, die bei den Agrariern anscheinend als ein Kulturmittel allerersten Ranges gilt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090107017/fragment/page=0001

Breitenbach.

√ Eine Deputation des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands wurde am Montag vom preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Staatsminister Breitenbach, empfangen. Die Obmänner von Verkehrskommissionen des Verbandes trugen dem Minister ihre Wünsche bezüglich der Eisenbahnreform vor. Dieselben gipfelten in einer Verbesserung des Gepäcktarifes, der auf dem Grundsatze: 10 Kilometer und 10 Kilogramm = 2 Pfg., mit gerechterer Staffelung aufgebaut werden soll, damit den reisenden Kaufleuten im Nahverkehr nicht eine so erhebliche Verteuerung verursacht wird. Ferner in dem Wunsche, daß Musterkoffer gegen eine entsprechende Legitimation ohne vorherige Lösung einer Fahrkarte aufgegeben werden können, daß das Gepäck bei mehreren Wegen zum Reiseziel auf dem kürzeren Wege unbeschadet des Weges der Fahrkarte gehen kann, daß den Musterkoffern eine sorglichere Behandlung zuteil wird, daß Fahrkarten der Reisenden auch auf eine andere Route umgeschrieben werden können, wenn diese für den Reisenden sich vorteilhafter erweist, ohne daß eine erheblich größere Entfernung in Frage kommt, daß beim Uebergang während der Fahrt in eine höhere Klasse allgemein nur eine halbe Fahrkarte der Klasse zu entnehmen ist, aus der man übergeht, daß die Staffelung der Schnellzugszuschläge eine bessere wird und diese Zuschläge auf D-Züge beschränkt werden, und mit der Fahrkartensteuer ein Ende gemacht wird. Der Minister hörte die Deputation an und äußerte sich dahin:

> An eine Abänderung des Gepäcktarifs sei nicht zu denken. Er bringe allerdings dem reisenden Kaufmann im Nahverkehr Härten, die aber in Kauf genommen werden müßten, da im übrigen große Vorteile geboten würden. Alle übrigen Wünsche versprach er prüfen zu lassen und stellte bei einigen (Gepäck über den kürzeren Weg, Aufgabe der Musterkoffer ohne Fahrkarte, Wahl der Route und Abänderung derselben auf der Fahrkarte) deren Erfüllung in Aussicht. Hinsichtlich der Fahrkartensteuer meinte er, die reisenden Kaufleute möchten mit dafür sorgen, daß die Steuervorlage angenommen werde, dann fiele die Fahrkartensteuer von selbst.

Partei-Nachrichten.

Die politischen Vorgänge im Reiche.

♧ Im „Wahlverein der Liberalen" in Merseburg, der auf dem Boden der Freisinnigen Volkspartei steht, sprach am 5. d. M. in der „Reichskrone" Herr Schuldirektor a. D. Schmidt aus Dresden über die politischen Vorgänge im Reiche. — Redner ging auf die bekannten Vorgänge im November v. J. näher ein und kam dann auf die Blockpolitik zu sprechen. Die Haltung der Freisinnigen im sogenannten „Block", das Reichsvereinsgesetz, der Majestätsbeleidigungsparagraph, die Reichsfinanzreform und die Strafrechtsreform, wurden in fesselnder, interessanter fünfviertelstündiger Rede, die von lebhaftem Beifall begleitet war, vom Referenten erörtert. An der Versammlung nahm auch der neue Parteisekretär für den Bezirk Halle a.S. teil. Dieser, vom Vorsitzenden begrüßt und vorgestellt, referierte kurz über den Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz und wandte sich dann in ausführlicher Weise gegen die geplante Zigarren-Banderolensteuer. Mit einem beifällig aufgenommenen Appell an die Anwesenden, die Sache des Linksliberalismus in emsiger, intensiver Arbeit und durch den Beitritt zum Wahlverein zu fördern, endete derselbe seine Ausführungen. Beiden Rednern wurde seitens der Versammlung Dank abgestattet. Mehrere in der Diskussion von einem alten, bekannten Kämpen der Freisinnigen Volkspartei, Herrn Schmelzer, gestellte Fragen, wurden vom Referenten und dem Parteisekretär in befriedigender Weise beantwortet und hierauf die sehr gut besuchte Versammlung nach einem vom Herrn Schuldirektor Schmidt auf die Freisinnige Volkspartei ausgebrachten Hoch vom Vorsitzenden mit Dankesworten an die Erschienenen geschlossen.

— Aus Straßburg i. E. erfährt der „Tag": Nach hier eingelaufenen Meldungen dürfte die Wahlprüfungskommission des Reichstages beim Plenum beantragen, die angefochtene Wahl des Sozialdemokraten Boehle (Straßburg-Stadt) für ungültig zu erklären.

Allgemeine Mitteilungen.

— Das Königliche Staatsministerium trat, wie der „Reichsanzeiger" meldet, gestern zu einer Sitzung zusammen.

Heer und Flotte.

Graue Pelzmützen bei den Husaren.

Bei der Neujahrsparole im Zeughause in Berlin erschienen der Kommandeur des Leibgardehusaren-Regiments und der Kommandeur der Leibeskadron in Pelzmützen mit silbergrauem Pelzbesatz. Diese Farbe entspricht nach der „Neuen politischen Korr." den Versuchen, die gegenwärtig in Verbindung mit der feldgrauen Uniform bei dem genannten Regiment mit Pelzmützen von grauem Fell bei zwei Zügen gemacht werden.

Eine neue Infanteriepatrone.

Die Wiener „N Fr. Pr." schreibt: Die im Jahre 1906 begonnenen Versuche mit einer neuen Munition für unser Infanteriegewehr sind nun dem Abschlusse nahe und dürften demnächst abgeschlossen werden. Den Schlußversuchen sollen zwei Patronenmodelle unterworfen werden und die endgültige Wahl hängt von dem Ergebnis groß angelegter Schießversuche ab, die im Laufe dieses Monats stattfinden werden.

Die bisherigen Versuche sind teils auf dem Steinfeld bei Wiener-Neustadt, teils in der Rothschen Patronenfabrik vorgenommen worden. Für diese Versuche war man bestrebt, Spitzgeschosse mit einer ähnlichen Rasanz und Präzision, wie sie das französische Geschoß besitzt, zu konstruieren. Unseren Konstrukteuren ist es nun gelungen, eine Patrone mit einem Spitzgeschoß herzustellen, die den modernen schießtechnischen Anforderungen vollständig entspricht.

Die französische Infanterie besitzt Spitzgeschosse mit 740 Metern Anfangsgeschwindigkeit und einer Rasanz von 700 Schritten. Die Franzosen sind daher imstande, mit der Normalaufsatzstellung jedes feldmäßige Ziel (daher auch den knienden Mann) innerhalb der Distanz von 700 Schritten sicher zu treffen. Aehnlich, nur noch besser, liegen die Verhältnisse beim neuen deutschen Infanteriegeschoß, das ebenfalls ein Spitzgeschoß ist. Die neue deutsche Patrone unterscheidet sich von der alten hauptsächlich durch die Form und das Gewicht des Geschosses und durch Verwendung eines neuen Pulverpräparates. Als Führungsmittel dient wie beim alten Geschoß ein den Blei-

[illegible] schoß hat eine lange, schlanke, tegelförmige Spitze. Das Pulver soll dem Blättchenpulver der alten Patrone ähneln. Die Anfangsgeschwindigkeit beträgt 866 Meter und die Rasanz bei weit geringerer Streuung etwas mehr als 730 Schritte. Oesterreich-Ungarn wollte hinter Deutschland und Frankreich nicht zurückbleiben und hat nun ebenfalls die Frage der Munitionsreform angeschnitten. Das projektierte österreichische Geschoß hat eine Länge von 28 Millimetern und ist ein Spitzgeschoß, in dessen Bleikern ein Stahldorn ruht. Die Anfangsgeschwindigkeit des neuen Geschosses übertrifft noch jene des deutschen um etwa 70 Meter, denn sie beträgt 900 Meter. Ebenso ist auch die Durchschlagskraft eine ganz bedeutende. Das neue Spitzgeschoß — auch „D-Geschoß" genannt — dringt noch auf 1000 Meter durch alle augenblicklich im Gebrauche befindlichen Infanterieschutzschilde.

Ausland.

König Manuel lungenkrank.

Ueber das Befinden des jungen portugiesischen Königs, der unter so tragischen Umständen auf den Thron gelangte, waren schon in den letzten Tagen wenig erfreuliche Gerüchte im Umlauf. Jetzt kommt aus London die Meldung, daß der Gesundheitszustand des Königs seiner Umgebung ernste Besorgnisse einflößt. Die Aerzte haben eine Lungenaffektion konstatiert und bestehen darauf, daß der König einen längeren Aufenthalt in der Schweiz nehmen soll, da sie sonst nicht für sein Leben einstehen können.

Die Erkrankung des Königs ist unter der gegenwärtigen schwierigen politische Lage in Portugal besonders bedauerlich. Der eben erfolgte Kabinettswechsel hätte verlangt, daß der junge Regent möglichst enge Fühlung mit den neuen Ministern nimmt, um sich unter ihrer Leitung tätig den Staatsgeschäften zu widmen. Das wird nun unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sein.

Neue Unruhen in Persien.

Eine Depesche aus Teheran vom 5. Januar besagt: Die Ordnung wird in Ispahan durch die Bachtiaren aufrecht erhalten. Der Schah weigert sich, Semsam Khan, den Anführer der Bachtiaren, als Gouverneur anzuerkennen. Die britische und die russische Gesandtschaft erhoben dringende Vorstellungen, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und wieder reguläre Zustände zu schaffen.

Mit der „Ordnung", die von dem gefürchteten Räuberstamm der Bachtiaren aufrecht erhalten wird, dürfte es nicht allzu weit her sein. Eine Nachricht, die das „B. T." aus London erhält, berichtet auch von völliger Anarchie in der zweiten persischen Hauptstadt. Die Nachricht lautet:

> **London**, 6. Jan. Nach Depeschen aus Teheran ist Ispahan in vollem Aufruhr. Die Lage ist sehr ernst. Es herrscht vollständige Anarchie. Soldaten haben die Hauptkarawanserein und die Basare geplündert. Der Gouverneur und andere Beamte haben im britischen Konsulat, verschiedene hervorragende Bürger im russischen Konsulat Unterkunft gesucht. Der Ursprung der Unruhen ist nach einer Teheraner „Times"-Depesche folgender: Nach dem Bombardement des Mädschliß im vorigen Sommer ernannte der Schah Ifbah-el-Dauleh, ein notorisches Mitglied der Hofclique, zum Gouverneur von Ispahan mit der Vollmacht, gegen die Unzufriedenen energisch einzuschreiten. Der Gouverneur brach Ende Juli mit zwei Regimentern nach Ispahan auf, die auf dem ganzen Wege dorthin plünderten und von der Bevölkerung 500 000 Mark erpreßten. Je mehr das Volk murrte, desto mehr wurden die Vollmachten des Gouverneurs erweitert, bis jüngst die Priester auf Befehl des Hauptes der Geistlichkeit konstitutionelle Lehren predigten und empfahlen, der Regierung des Schahs die Steuerzahlung zu verweigern. Die Basare wurden geschlossen und das Volk wandte sich an das britische Konsulat. Nachdem dort das Asyl verweigert wurde, strömte alles zum russischen Konsulat. Die übrigen suchten Zuflucht in der Zentral-Moschee. Am letzten Freitag erging der Befehl zum Bombardement der Moschee, und der Kampf begann am Sonnabend. Auf beiden Seiten gab es Tote; die Soldaten gaben aber den Kampf bald auf und widmeten sich eifrig dem Plündern. Die Bachtiaren, die jüngst eine Absage an den Schah schickten und für die Konstitution eintraten, ergriffen für die Bürger gegen den Gouverneur Partei. Dieser flüchtete, als er die Gefahr merkte, mit seinem ganzen Stabe ins britische Konsulat. Die Zahl der Bachtiaren wuchs inzwischen stündlich. Sie töteten viele Soldaten und verfolgten die übrigen, die zum Teil zum Gouverneur ins britische Konsulat flüchteten. Der Palast des Gouverneurs wurde geplündert und gänzlich zerstört. Zargamm-es-Sultaneh, der Sohn des Bachtiarenchefs, wurde bis zur Ankunft seines Vaters Samsen, der an der Spitze von tausend Reitern auf Ispahan marschiert, zum Gouverneur ausgerufen.

Der holländische Minister Bevers †.

Haag, 6. Jan. Der Minister für öffentliche Arbeiten Bevers erlitt gestern abend, als er aus dem Ministerium heimkehrte, im Bosch einen Schlaganfall und starb kurz darauf in seiner Wohnung.

In Bevers verliert Holland einen bedeutenden Politiker und die katholische Staatspartei wohl ihr hervorragendes Mitglied. Dr. Bevers hatte das Portefeuille erst seit Februar 1908. Als Mitglied der ersten und später der zweiten Kammer und namentlich als Stadtrat im Haag hat er sich einen guten Namen erworben. Der Haag verdankt ihm sehr viel.

Marokkanisches.

Am 5. Januar vormittags ist die Note, in der die Mächte Mulay Hafid die Anerkennung als Sultan von Marokko mitteilen, vom Doyen des diplomatischen Korps dem Vertreter des Sultans in Tanger in arabischer Uebersetzung übergeben worden. — Einer Meldung der „Agence Havas" zufolge ist die Nachricht, daß Truppen des Generals d'Amade den Um er Rebia überschritten haben, nicht zutreffend.

Yuanschikai als Revolutionär?

Eine Lösung des Rätsels über die plötzliche Absetzung des einflußreichsten chinesischen Beamten gäbe, wenn sie sich bestätigt, eine Meldung des New York Herald aus Tokio. Ein dortiges Blatt versichert, der abgesetzte Vizekönig Yuanschikai habe Beziehungen mit den Revolutionären in China unterhalten. Das Blatt behauptet, Yuanschikai werde mit Hilfe der Revolutionäre bei günstiger Gelegenheit wieder zur Macht zurückkehren.

Amerikanische Dreadnoughts?

Nach einer Meldung der „B. Z." aus Newyork wird die amerikanische Regierung dem Kongreß den Bau einiger neuer Riesenschlachtschiffe von je 26 000 Tonnen vorschlagen. Die Armierung soll aus 14zölligen Geschützen bestehen. Diese Schlachtschiffe würden die Dreadnoughts weit überflügeln und somit andere Mächte zwingen, ähnliche Riesenschiffe zu bauen.

Die Vereinigten Staaten und Venezuela.

Buchanan, der als Spezialbevollmächtigter der Vereinigten Staaten nach Caracas gesandt wurde, um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela anzubahnen, hat sich befriedigend über den Fortgang der Verhandlungen mit der neuen Regierung in Venezuela geäußert.

Internationale Kriminalistische Vereinigung.

(Zweiter Tag.)

(Nachdr. verb.) S. u. H. **Berlin**, 5. Januar.

Am heutigen zweiten und letzten Sitzungstage war die Versammlung wieder zahlreich besucht. Den Beratungen wohnte auch der Rektor der Berliner Universität Professor D. Dr. Kahl bei. Kammergerichtsrat Geh. Justizrat Dr. Kronecker-Berlin erstattete das Referat über das Thema:

Einführung der Berufung im Strafgericht.

Der Redner wies darauf hin, daß die Arbeiten der Strafrechtskommission in den Kreisen der Kriminalistischen Vereinigung nicht günstig beurteilt worden seien. Man werde sich darauf beschränken müssen, bescheidene Reformen, sozusagen Reförmchen einzuführen, weitere Verbesserungen anzustreben und Verschlechterungen zu verhindern. Er selbst habe die Berufung bekämpft, sie werde aber von den Parlamenten und dem Publikum verlangt. Man höre ja immer sagen: ich gehen weiter, ich will meine Zeugen. Was man verlangt, ist aber nicht sowohl die Berufung, wie sie der Entwurf bringt, sondern eigentlich nur die Berufung des Angeklagten. Die Regierung verlangt aber natürlich auch die Berufung des Staatsanwalts. Es muß nun befürchtet werden, daß von dem Rechte der Berufung ein allzu umfangreicher Gebrauch gemacht werde. Wir können eben den deutschen Volkscharakter nicht ändern, und nicht wie in England das gute Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden, zwischen Publikum und Magistrate herstellen. Also die Berufung kommt und die Schwurgerichte bleiben. Die Mitwirkung von Schöffen bezw. von Laien in der Berufungsinstanz stellt allerdings bei Verletzung der Sonntagsruhe, der Bestimmungen über den Ladenschluß und der Bestimmungen aus § 120 d der Gewerbeordnung ein großes und wichtiges Stück Sozialpolitik dar. Es ist von hohem Werte, daß der Amtsrichter sich mit zwei im praktischen Leben stehenden Männern beraten kann und das Urteil nicht aus dem Handgelenk zu schütteln braucht. Daß ein Mangel an geeigneten Laien vorhanden ist, läßt sich nicht bestreiten, diesem Mangel wird aber durch die Einführung von Tagegeldern abzuhelfen sein. Der Referent resümiert, daß die Vorschläge des Entwurfes zur Gerichtsorganisation im allgemeinen als eine brauchbare Grundlage für weitere Beratungen anzusehen seien, jedoch müsse die Zuständigkeit des über die Zuziehung von Schöffengerichten entscheidenden Amtsrichters auf Uebertretungen beschränkt werden, und ferner auch für die Berufungsinstanz die Zuziehung von Schöffen erfolgen. (Lebhafter Beifall.) — Landgerichtsdirektor a. D. Aschrott erörtert die Frage der

Beschaffung geeigneten Schöffenmaterials.

Bei Einführung von Diäten an Schöffen würde man auf ganz andere Kreise zurückgreifen können als bisher. Dann werde man den Schöffen auch zumuten können, öfter als fünfmal im Jahre zu sitzen. Das liege auch im Interesse der Sache. Es seien meistens die Schöffen, die auf eine höhere Strafe drängten und erst bei längerer Tätigkeit mehr Erfahrung erlangten. Was die Auswahl vernünftiger Richter anlange, so brauche man für die Strafjustiz und die Schöffengerichte keine großen Juristen. Von dem Amtsrichter, der bei Schöffengerichten den Vorsitz führt, verlange man vor allem, daß er ein erfahrener Mann sei, junge unerfahrene Assessoren als Vorsitzende könne man nicht gebrauchen. Ob der Vorsitzende ein bißchen mehr oder weniger von Jurisprudenz versteht, sei gleichgültig. Die Beschränkung der Berufung auf über 50 Mk. Strafe könne leicht dazu führen, daß man von einem Bourgeoisstandpunkt spreche. — Geh. Justizrat Prof. v. Liszt: Die Vorschläge des Regierungsentwurfs sind unannehmbar. Wenn Laien in der ersten Instanz mitwirken, so müssen sie dies auch in der Berufungsinstanz tun. Die mittleren Schöffengerichte könnten ruhig mit nur einem Juristen und vier Schöffen besetzt werden. Ein Jurist hat immer mehr Einfluß auf die Schöffen als zwei, die selten dieselbe Meinung haben. — Prof. v. Hippel-Göttingen hat als Anhänger der Berufung Bedenken gegen die Heranziehung von Laien in die Berufungsinstanz. — Prof. Merkel-Königsberg i. Pr. erörtert die Frage, wie man einer Ueberlastung der Berufungsinstanz vorbeugen könne. Wir müssen bessere Garantien über die Verhandlungen in der ersten Instanz schaffen, dann wird die Berufungsinstanz nicht überlastet werden. Diese Garantien erblicke ich in der Vermehrung des Parteibetriebes in der ersten Instanz. Wir müssen mehr zivilprozessuale Prinzipien in das Strafverfahren einführen, den Angeklagten selber mehr heranziehen und dem Staatsanwaltde Möglichkeit nehmen, schleunige Sachen in der Sitzung aufzuarbeiten, nur nebenbei zuzuhören und schließlich den Antrag auf Bestrafung zu stellen, ohne zu wissen, was in der Verhandlung passiert ist. Der Angeklagte muß vor Ueberraschungen geschützt werden. Das kann durch den Staatsanwalt geschehen, indem man vorschlägt, daß das vom Verdächtigten Vorgebrachte in der Anklageschrift enthalten ist. Das kann ferner geschehen durch eine weitergehende Offizialverteidigung. Es muß für die Angeklagten der Zukunft eine Art Armenrecht geben.

Darauf hielt Kammergerichtsrat Dr. Kronecker das Schlußwort, indem er sich besonders gegen die „Aktenalpen" bei den Strafkammer- und Schwurgerichtsverhandlungen wandte.

Nach einer kurzen Pause referierte Oberlandesgerichtsrat Rosenberg-Colmar i. Els. über:

Die Stellung der Staatsanwaltschaft im Strafprozeß.

Die Ausführungen des Referenten gipfelten in folgenden Leitsätzen: Das Legalitätsprinzip ist als gesetzliche Regel bei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090107017/fragment/page=0002

Vermischtes.

Die Erdbebenkatastrophe in Süditalien.

Die Erdstöße in Süditalien dauern, wenn auch schwächer, immer noch an und eine Beruhigung der Bevölkerung ist daher naturgemäß noch nicht zu verzeichnen. Aus dem Unglücksgebiet liegen folgende Nachrichten vor:

Palermo, 6. Jan. Die Erdstöße in Messina dauern fort; gestern mittag wurden dort zwei starke Beben wahrgenommen, die eine Bestürzung hervorriefen. Mit den von Catania und Messina kommenden Zügen treffen stets neue Flüchtlinge hier ein.

Stuttgart, 6. Jan. Nach einer aus Palermo hier eingetroffenen Mitteilung befindet sich unter den Geretteten von Messina auch eine Frau Anna Rauschemberger aus Stuttgart, die in Milazzo schwer verwundet daniederliegt; eine andere Deutsche, eine 37jährige Frau Haußenberg liegt in Palermo ebenfalls schwer verwundet im Hospital.

Rom, 6. Jan. Das Marineministerium hat Vorkehrungen getroffen, um die Schiffahrt in der Straße von Messina wieder aufzunehmen; da die Leuchttürme und Signalstationen zerstört sind, wird man provisorische Sicherheitsmaßnahmen treffen. Die französischen Panzer „Justice“ und „Bérité“, die nach der Unglücksstätte in Sizilien abgesandt sind, haben sich mit der drahtlosen Telegraphiestation des Eifelturms in steter Verbindung halten können. Die drahtlose Telegraphie hat dieses Mal dieselben Dienste geleistet wie gelegentlich des Ausbruches des Mont Pelé auf Martinique.

Die Antwort an Kirschner,

den Berliner Oberbürgermeister, der ein sehr herzliches Beileidstelegramm gesandt hatte, ist jetzt vom Sindaco von Messina ergangen und im Berliner Rathaus eingetroffen. Das Antworttelegramm lautet:

„Gerührt durch die Kundgebung brüderlicher Gesinnung, welche in dem Augenblick tiefsten Schmerzes um das unglückselige Messina immer festeres Band der Sympathie um die beiden Nationen schlingt, spreche ich Ihnen als Vorsitzenden des Magistrats und der gesamten Bürgerschaft von Berlin meinen Dank aus. Der kommissarische Präfekt De Bernardinis. Wolter.“

Mesalliance und Erbfolge. Das standesrechtliche Schiedsgericht, das am 2. Dezember 1907 in Frankfurt a. M. tagte, hatte den Erbgrafen Erasmus von Erbach von der Nachfolge ausgeschlossen, weil er zu seiner Heirat mit der Tochter einer Waschfrau nicht den Konsens seines Vaters eingeholt habe. Jetzt hat die erste Zivilkammer am Landgericht der Provinz Starkenburg für Recht anerkannt: „Auf die Klage des regierenden Grafen Georg Albrecht zu Erbach-Erbach wird der Schiedsgerichtsspruch aufgehoben und festgestellt, daß er den Erbgrafen Erasmus zu Erbach-Erbach nicht binde.“

Von der Zirkularsäge entzweigeschnitten. In Aßling in Oberbayern wurde ein Holzarbeiter, der die Zirkularsäge abstellen wollte, vom Rade erfaßt, unter die Säge geschleudert und von dieser buchstäblich entzweigeschnitten.

Ein Ehepaar als Brandstifter. In Recklinghausen i. W. brannte das gesamte Anwesen der Eheleute Heimann nieder, wobei ein Schaden von 30 000 Mk. entstand. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß die Eheleute selbst die Brandstifter sind.

Vom Schlitten überfahren. Im Längental im Allgäu ist ein Holzknecht unter dem eigenen schwer beladenen Schlitten zermalmt worden.

In der Steinheil-Affäre geht ein neues Gerücht um. Danach soll eine Frau am 30. Mai gegen halb 12 Uhr ein Automobil angerufen haben, um sich von Sèvres nach Paris in der Nähe der Impasse Ronsin bringen zu lassen. Die Frau habe den Kraftwagen auf eine Stunde später bestellt, um so schnell wie möglich nach Sèvres zurückgebracht zu werden. Pünktlich habe sich die Frau eingefunden. Sie trug ein kleines Mädchen und ließ sich zwischen Sèvres und Meudon absetzen. Man glaubt, daß Mariette Wolf so dem Verbrechen hat beiwohnen und sich doch ein Alibi schaffen können.

Die Affäre Veith. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Grafen Marcell Veith in Wien, der, wie berichtet, wegen Verkuppelung seiner Tochter, der „Komtesse Mizzi“, vom Schwurgericht in Wien zu einem Jahre schweren Kerkers verurteilt wurde, ist jetzt vom dortigen Kassationshofe als unbegründet verworfen worden. Zur Verbüßung der ihm auferlegten Strafe wird daher Graf Veith demnächst dem Zuchthause zugeführt werden, nachdem seine vorläufige Haftentlassung vor einiger Zeit vom zuständigen Gericht abgelehnt worden ist.

Erdbeben in Amerika. Aus Philadelphia wird ein heftiger Erdstoß gemeldet. Viele Häuser weisen Risse auf und drohen einzustürzen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Ueber die Ursachen der Wirtschaftskrisen

schreibt Abg. D. Naumann in der nächsten Nummer der „Hilfe“, die uns schon jetzt im Abzug zur Verfügung gestellt ist:

Das Jahr 1908 ist mit vielen Wirtschaftssorgen beladen gewesen und kein Mensch kann behaupten, dass die besseren Tage schon wieder da seien. Es ist deshalb sehr erklärlich, dass beim Jahreswechsel mancherlei wirtschaftliche Betrachtungen angestellt worden sind, teils allgemeine theoretische Erörterungen über die Krisis und ihren Verlauf, teils praktische Mitteilungen aus den wichtigsten Erwerbsgebieten. Was nun die ersteren anlangt, so unterschätzen wir sie nicht in ihrem Wert, denn es bleibt eine der grössten Aufgaben der theoretischen Volkswirtschaft, sich über Entstehung und Verlauf von Wirtschaftskrisen ein festes Urteil zu bilden, weil erst auf Grund dieses Urteils in einer späteren Zeit versucht werden kann, die gefährlichen Schwankungen auf methodische Weise zu vermindern. Bloss allgemeine Redensarten nützen aber dazu gar nichts. Wenn beispielsweise jetzt wieder die sozialdemokratische Presse auszuführen pflegt, dass die bürgerliche Gesellschaft unfähig ist, die von ihr geschaffene kapitalistische Wirtschaft in gleichmässigem Gange zu erhalten, so ist damit gar nichts andres gesagt, als eben nur die Tatsache selbst, dass die Schwankungen vorhanden sind, es fehlt aber dabei jede klare Anweisung, wie das zu bessern sei, weil man ja doch die sozialistische Gesellschaft nicht hat und auch gar nicht haben kann, eine diese bürgerliche Gesellschaft sich bis zu Ende entwickelt hat, was wohl noch sehr viel Zeit brauchen wird. Gerade das würde sicher ein grosser Schritt zum internationalen Sozialismus sein, wenn es innerhalb der heutigen Gesellschaft gelänge, die Willkürlichkeiten von Flut und Ebbe des Wirtschaftsganges zu vermindern. Hier muss die Arbeit einsetzen. Heute aber ist dafür der Boden noch nicht geschaffen weder von sozialistischen noch von bürgerlichen Wirtschaftstheoretikern, denn es fehlt eben eine allgemein anerkannte Ansicht über das Wesen der periodischen Erschütterungen von Arbeit und Verkauf. Fast jeder Wirtschaftstheoretiker hat seine eigene und besondere „Krisentheorie“, die er mit einer Anzahl beachtlicher Gründe belegt, die aber immer nur ein Stück des Ganzen enthält. Man kann die theoretischen Erklärungen einteilen in finanztheoretische und betriebstheoretische, was immer nur bedeutet, dass der Ursprung der Verschlechterung entweder mehr diesseits oder jenseits gesucht wird. Folgendes sind die geläufigen Grundformen der Krisenerklärung:

A. Schwankungen in der Goldproduktion
   Ueberanspannung des gegenseitigen Kredites
   Ueberwucherung der öffentlichen Anleihen
   Einseitige Kapitalisierung gewisser Industrien
B. Schwankungen der Weiternten
   Ueberproduktion von Halbfabrikaten
   Ruckweise Erweiterung des Weltmarktes
   Ungleichmässigkeit zwischen Obtermenge und Lohnsteigerung.

Ob damit alle Möglichkeiten angedeutet sind, ist keineswegs sicher, aber schon diese Ueberschriften zeigen, dass eine in keinem Einzelkopfe vorhandene wirtschaftliche Allwissenheit dazu gehört, auf diesem Gebiete auch nur das voneinander zu trennen, was als Naturorgan betrachtet werden muss, und das, was durch menschliche Organisation beeinflusst werden kann. Schon jetzt sind viele Beobachter an der Arbeit, aber für den praktischen Verlauf der Krise haben diese Beobachtungen nur etwa den Wert, den die meteorologischen Stationen für die Seefahrt besitzt: man kann das Wirtschaftswetter registrieren, um sich einigermassen darauf einzurichten, aber man kann das Wetter selbst nicht machen. Das aber, was die Sozialdemokraten in ihren Artikeln verlangen, ist das Wettermachen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass man auf dem Wirtschaftgebiet es eher lernen wird, als in der atmosphärischen Natur, da ja eben die Weltwirtschaft auf menschlichem Handeln beruht, aber — leider ist der Weg noch lang.

Konferenz zur Erneuerung des Kalisyndikats.

Berlin, den 6. Januar 1909.

Der Berliner Versammlungsort der Kali-Industriellen, das Hotel de Russie, zeigte laut „Börsen-Courier“ eine lebhafte Physiognomie. Teils im gemeinschaftlichen Konferenzsaal, teils in zwanglosen Gruppen im Hotel verteilt, berieten die Syndikatsbeteiligten und auch Vertreter der zur Aufnahme stehenden Aussenwerke über die Tagesfragen, sowie über Vorbereitungen zur Syndikats-Erneuerung.

Es ist nicht zu verkennen, dass den Verhandlungen ein praktischer und frischer Zug inne wohnt, welcher die Nebensachen und Weitläufigkeiten überfliegt.

In erster Linie steht die Frage des Domizils. Schon heute ist zu übersehen, dass die grosse Mehrheit der Gesellschafter für die Verlegung des Syndikats nach Berlin ist. Dass in der gestrigen Debatte Persönlichkeiten, welche durchaus auf dem Boden kaufmännischer Fortschritte stehen, wie Geheimrat Kempner und Berghauptmann Dr. Fürst, auch auf die etwaigen Bedenken aus dem Kostenpunkt hinweisen, spricht für die sachliche Art, in welcher diese wichtige Frage entschieden werden soll. Aus der Versammlung sprachen Direktor Nöllenburg, Emil Sauer, Bankier Meyerstein und Generaldirektor Schweissgut sich lebhaft gegen Stassfurt aus.

Einstimmigkeit herrscht in der Versammlung über die zukünftige Verstärkung des Aufsichtsrats, der bei 60 Syndikatswerken aus 12 Mitgliedern, bei 70 Werken aus 14 Mitgliedern bestehen soll. Auch soll zur besseren Kontinuität der Verwaltung die Dauer der Amtsperiode auf 2 Jahre erhöht werden.

Die heutigen Beratungen umfassten hauptsächlich die Gruppen-Einteilung der Salze. Die Diskussion, an der die Herren Bergrat Groebler, Direktor Bielmann, Schweissgut und Dr. Müller besonders teilnahmen, nahm eine grosse Ausdehnung an, und ist es kaum anzunehmen, dass über diese Frage, die ja ganz besonders die bisherigen Sonderrechte der Carnallitwerke berührt, eine völlige Uebereinstimmung erzielt wird.

Die Ergebnisse der Beratungen sollen von einer Redaktionskommission, der u. a. die Herren Direktor Bielmann, Emil Sauer, Staatsanwalt Dr. Müller, Direktor Nöllenberg angehören werden, zusammengefasst und den Beteiligten zugänglich gemacht werden.

*

Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.) In den weiteren Verhandlungen der Versammlung wurde der neue Syndikatsvertrag besprochen. Die Diskussion über den Domizilwechsel nahm ihren Fortgang.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 194,37. Diskonto 180,25. Deutsche Bank 241,50. Kanada 176,50. Paketfahrt 112,75. Nordd. Lloyd 91,70. Russische Anleihe von 1902 83,60. Laurahütte 199,50. Bochumer Guss 224,26. Gelsenkirchen 190. Berliner Handelsgesellschaft 168,62. Baltimore 110,40. Phönix 177,37. Dresdner Bank 147,87. Schaaffhausen 133,39. Lombarden 17,80. A. E.-G. 217,90. Siemens & Halske 204,80. Deutsche Uebersee 148,75. — Tendenz: Fest.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: Löwenbrauerei Dortmund 5, Kappel Maschinen 2,50, Linke 3, Schubert & Salzer 3, Deutsche Linoleum 3,25, Norddeutsche Steingut 7,50, Kahl Porzellan 7, Troitzsch 2, Ver. Glanzstoff 3, Eisenwerk Kraft 3, Thomée 3,25, Langendreer 5,25; niedriger: Könighanerei 4,50, Oberschles. Zement 2,25, Berg.-Märkische Ind. 3,75, Schweig. Glashütte 2,75, Akt.-Spinnerei 2,25, Caroline 2,25.

Londoner Börse vom 6. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 83,81, Rio Tinto 76,00, Geduld 2,81, Goldfields 4,75, Stassf com. 58,20, Steel prefs. 115,50, Rand Mines 7,88, Anaconda 10,07.

Bonner Bank für Handel und Gewerbe in Konkurs. Infolge des Konkurses der Bonner Bank für Handel und Gewerbe hat die Rheinische Möbelfabrik P. Steiner in Bonn-Beuel ihre Zahlungen eingestellt. Wie es heisst, hatte die Firma einen Kredit von über 200 000 Mk. bei der Bonner Bank in Anspruch genommen. Es wird eine aussergerichtliche Regelung angestrebt. Am 9. Januar findet eine Gläubigerversammlung statt. Die Verbindlichkeiten sollen ca. 400 000 Mk., die Aktiva ca. 140 000 Mk. betragen.

Vierprozentige Anleihe der Stadt Posen von 1908. Die neue Anleihe der Stadt Posen im Betrage von 5 910 000 Mk., bei der verstärkte Tilgung und Gesamtkündigung bis 2. Januar 1918 ausgeschlossen sind, ist mit 100,60 Proz. bz. Gd. zum ersten Male notiert worden.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 6. Jan. Am Frühmarkt notierten: **Weizen inländ.** 204—206. **Roggen inl.** 165—166.50. **Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei** 178—182, **mittel** 167—174, **gering** 164—166, **russischer mittel u. gering** —,—. **Mais, runder** 166,00—166 00. **Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering** 154—164, **gute** 165—180, **russische und Donau leichte** 156 bis 160. **Erbsen inländ. und ausländischer Futterware** 152—165. **Kleine** —,—. **Weizenmehl** 00 25,00—28,00 **Roggenmehl** 0 und 1 20,20—2,60, **Weizenkleie** 11,00—12,00, **Roggenkleie** 11,25—12,00. (Alles frei Bann).

Antwerpen 6. Jan. Deutscher La Platazug. Kontrakt B. per Januar 585, Februar 584½, März 580, April 5.5, Mai 580 Fr. Ruhig. Umsatz 140,000 kg.

Kaffee.

Havre, 6. Jan. Kaffee good average Santos per März 40, per Mai 39½, per Sept. 38½, per Dez. 38. Behauptet

Rio de Janeiro, 6. Jan. Kaffee-Zufuhren 4000 Sack in Rio, 32 000 Sack in Santos.

Spiritus

Nordhausen, 6. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 106—106 ℔ 60,50—61,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 ℔ 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 6. Januar. (Städtischer Schlachtviehmarkt.) Amtlicher Bericht der Direktion.) Es standen zum Verkauf: 501 Rinder, 1428 Kälber, 1871 Schafe und 16,053 Schweine. Bezahlt wurden: für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.

Kälber: a. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 97—102 M.; b. mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 84 bis 91 M.; c. geringe Saugkälber 48—56 M.; d. ältere gering genährte Kälber (Fresser) 48—54 M.; Schafe: a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 73—75 M.; b. ältere Masthammel 65—69 M.; c. mässig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 51—57 Mark. Schweine: Man zahlte für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara: a. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen 67—68 Mark; b. fleischige 65—66 M.; c. gering gewickelte 62—64 M., d. Sauen 62—68 Mark.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben etwa 90 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Angesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen fand der Bestand bis auf wenige Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam und wurde nicht geräumt.

Chilisalpeter.

Hamburg, 6. Jan. Chilisalpeter per Januar 913, Februar-März 920, frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 6. Jan. Baumwolle still. Upl. loko middl. 46½ Pfg.

Metalle.

London, 6. Jan. Chili-Kupfer stetig 63½, 3 Mon. 64⅞ Zinn Straits ruhig 181, 3 Monat 182½. Blei span., ruhig 13½, englisch 15⅛. Zink, gewöhnliche Marke, stetig, 21½, spez. Marke 22.

London, 6. Jan. Metallmarkt. Kupfer per Kasse 63 £ 17 sh. 6 d., per 3 Monate 64 £ 12 sh. 6 d. Zinn per Kasse 181 £ 5 sh. 0 d., per 3 Monate 182 £ 10 sh. 0 d. Zink per Kasse 18 £ 5 sh 0 d. Blei per Kasse 21 £ 2 sh. 6 d.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	6. Jan.	5. Jan.	Chicago.	6. Jan.	5. Jan.
Weizen p. Mai	111	110⅞	Weizen p. Mai	107⅜	107⅛
„ Juli	115⅛	115⅛	„ Juli	98⅛	98⅜
Mais p. Mai	68⅛	68⅛	Mais p. Mai	61⅛	61⅛
„ Juli	68⅛	68⅛	„ Juli	61⅜	61⅛
Mehl Spring clears	4,25	4,25	Hafer p. Mai	51⅜	51⅜
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6,00	3,14	„ Juli	46⅛	46
„ p. Jan.	5,60	5,55	Roggen p. Mai	80	80
„ Febr.	5,65	5,60	Schmalz „ Jan.	9,47	9,47
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ Mai	9,72	9,70
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen träge. Mais ruhig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.				Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	5	Jan.	+0,35	—	1
Nebra, Oberpegel		6. Jan.	+1,92	2	—
„ Unterpegel		„	+1,28	3	—
Weissenfels, Oberpegel		„	+2,39	—	2
„ Unterpegel		„	−0,32	—	6
Trotha	5	„	+1,40	6	8
Alsleben, Oberpegel	5	„	+2,26	6	2
„ Unterpegel		„	+0,84	—	2
Bernburg		„	+0,40	—	8
Kalbe, Oberpegel		„	+1,32	—	2
do. Unterpegel		„	−0,10	—	2

Iser. Egor. Elbe. Moldau.							
	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	−0,20	—	—	Torgau	8 +0,30	—	17
Prag	—	—	—	Wittenberg	„ +0,85	—	9
Jungbunzl.	−0,16	—	6	Rosslau	„ +0,47	—	6
Laun	−0,42	—	—	Barby	„ −0,24	—	1
Pardubitz	−0,78	—	—	Magdeburg	„ −0,02	—	8
Brandeis	−0,31	—	10	Tangermünde	„ +1,76	—	56
Melnik	−0,60	15	—	Wittenberge	„ +1,05	—	12
Leitmeritz	6. −0,54	—	11	Dömitz, Pegel	5. −0,39	—	1
Aussig	−0,78	9	—	Hohnstorf	6. +0,52	—	3
Dresden	−2,21	24	—	Lauenburg	„ +0,48	—	2

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin.

6. Jan. 1908.

Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. Jan.	Vorprämien. Febr.	Rückprämien. Jan.	Rückprämien. Febr.
Lombarden	15⅛ 5/8	18⅜ −7/8	17¼ 3/8	16⅛ −7/8
Franzosen	143⅜ −1⅛	144¼ −1⅝	141⅜ −1⅛	141 −1⅜
Baltimore	112 −1¾	111⅞ 2⅜	103½ −1⅞	107⅜ 3⅝
Canad. Pacific	172 −1¾	172 2⅛	170⅜ −2	173 −3⅛
Türken	144⅝ −1½	145½ 2⅛	—	—
Darmstädt. B.	129 −1⅛	129⅜ 2⅛	129 1⅛	125½ −2⅛
Disc. Comm.	181½ −1⅜	182⅜ −2⅛	178½ −1½	178½ −2⅛
Berl. Hdlsges.	170⅝ −1⅜	170⅞ 2⅛	166⅞ −1⅝	166⅜ −2⅛
Dtsch. Bank	244⅜ −1¾	244 2⅛	239⅞ −1⅝	239½ −2⅛
Dresdner Bk.	149⅞ −1⅛	149⅞ −2	146¼ −1½	145⅞ −2
Oesterr. Cred.	193⅝ −1⅜	193⅝ 2⅛	192½ −1⅝	191⅞ −2⅛
Rheinbank	133⅞ −1⅛	134½ −2⅛	—	—
Dynam. Trust	158½ −1¾	159⅜ 3⅛	155 −1⅝	154⅜ −1⅜
Hamb. Packet	—	115 −2⅜	—	110½ −2⅞
Nordd. Lloyd	—	93⅛ −2⅛	—	89½ −3⅛
Prince Henry	—	—	—	—
Gr. Berl. Strb.	173⅜ 1⅜	176⅞ 3⅛	172½ −2⅜	171⅜ −2⅛
St. Reichsanl.	86⅜ −1	86⅛ −⅜	—	—
Russen v 1902	84½ −⅛	84 −1⅛	—	—
Bochumer	238⅜ −2⅞	238⅜ −2⅞	220⅜ −2⅞	219⅜ −3⅛
Laura	—	202⅞ 3⅜	—	196½ −3⅜
Gelsenkirch.	192 2⅛	193⅜ 3⅜	187½ −2⅛	186⅜ −3⅜
Harpener	197½ −2⅛	198½ −2⅛	192⅜ −2⅛	192 −3⅛
Phönix	179 2⅜	180¼ −3⅜	173⅜ −2⅜	173 −3⅝
D.-Luxemb.	154½ 3	156⅞ 4⅜	151½ −5	151⅞ −4⅛
Dortmunder	63⅛ −1⅛	62½ −2⅛	—	—
A. E. G.	220 2⅛	221½ −3½	215½ 2⅛	214⅜ −3⅛

Vorprämien per März: Lombarden: 18⅜ −1⅞, Baltimore 144⅞ bis 2, Canada 180½ 4½, Türken — —, Darmstädt. Bank — —, Bochumer 237⅞ −4⅛, Laura 204 −4½, Gelsenkirchen 194⅛ −4½, Phönix 181½ −4⅝, Harpener 199⅜ −4⅛, A. E. G. 32.⅜ −4½.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen, von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 6. Jan.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	521½	Hugo	—	3500
Alexandershall	6000	6200	Immenrode	3050	3150
Beienrode	42.25	4350	Johannashall	3100	3200
Burbach	10.600	10.850	Justus	62	65
Carlsfund	5400	5500	Kaiserode	6100	6300
Cecilienhall	—	25	Krügershall-Akt.	67	68½
Desdemona	5300	—	Ludwigshall	56	57⅞
Dtsch. Kali-Akt.	87	89	Neustassfurt	—	9800
Deutschland	3000	3100	Reichskrone		
Friedrichshall	—	64	(Lossa)	1050	1150
Glückauf			Roland	—	80
Sondershausen	15.000	15.500	Ronneberg (Akt.)	118	120
Günthershall	3850	3950	Rothenberg	1365	1425
Hann. Kal Akt	—	25	Sachsen-Weimar	2400	2500
Hansa	2800	2900	Schieferkante	275	325
Hattorf Vors.-A.	74	75½	Siegfried I	2775	2875
Heidberg	51½	53	Sigmundshall	120	125
Heidrungen I	975	1025	Teutonia-Akt.	115	—
Heidrungen II	875	950	Wilhelmshall	—	9000
Hermann II	1840	1900	Wintershall	10,800	11,200
Hohenfels	5200	5400			
Hohensollern	3300	3500			

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090107017/fragment/page=0003

Berliner Börse, 6. Jan. 1909

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

2 1. Jan.	4 1. Apr.	7 1. Juli	O 1. Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1. Febr.	5 1. Mai	8 1. Aug.	N 1. Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q_2 do. 1.2.5.8.11.
3 1. Mrz.	6 1. Juni	9 1. Spt.	D 1. Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M. Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 2¼%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Reichs-Sch.	d	4	101.10bG
do. 1.4.12	d	4	—
do. 1.7.12	a	4	101.30bG
do. 1.4.09	a	3½	100.20G
Pr. Schatz 12	a	4	101.10bG
Dt. Reichs-Anl.	v	3½	94.75bG
do. do.	a	4	102.90bG

Schönb. 04	d	3½	92.10b
Schwerin i M	a	3½	92.00G
Spandau 91	d	4	101.25G
do. 95	d	3½	—.—
Stargard i. P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	93.00G
Stettin	a	3½	91.90B

Russ. EBA. I. II	q_3	4	—.—
do. do. 02	a	4	83.75bG
do. do. 05	a	4½	97.20bG
do. Staatsrent	q_3	4	77.10bG
do. Nicolai-B	e	4	—.—
do. Prm. A. 64	a	5	—.—
do. do. 66	c	5	—.—
do. Bodencr.	a	5	—.—

Halle-Hettst	d	3½	—.—
Halb. Blnk. 94	a	3½	—.—
do. 1895 03	a	3½	91.00bG
Mckl. Fr. Wlh	a	4½	100.10G
Nordh. Wrn. E	d	4	97.00G
Zschpk Finst	d	3½	—.—
Böhm. Nrdbg	a	4	97.30bG
Dux-Bodnb. fl	v	5	—.—

Nrdd. Gr. X. XI	a	4	98.75G
do. XII.	d	4	93.50bG
do. XIV.	d	3½	94.25G
do. XV. u. 15	a	4	99.75G
do. XVI. u. 17	a	4	100.10G
do. VII.-IX.	a	3½	91.25bG
do. XIII. u. 12	d	3½	92.00bG
Pfälz. Hp. Pfb	v	3½	92.80G

König Wilh. 2	a	4½	101.00B
do. uk. 1910	a	*4	—.—
Krupp-Oblig	a	*4	—
do. 1903	a	*4	99.25b
Lahm. & Co. 3	d	4½	99.70B
Laurahütte	a	*4	—.—
do.	c	*3½	92.00B
Ldf. Eyck& 5	d	*4½	—

Cöln (EbwObl)	a	4	95.40G
Dtsch. Ans. B.	a	4	94.60bG
Lands. Obl. 3	a	4½	99.80G
B. f. Orgt. Ebo	a	4	97.00G

Brauerei-Aktien

Berliner

Brl. Unionsbr.	O	3	93.50G
Böck. ex. u. a.	O	5	107.50bG

Calmon Asb.	1	6	99.25bG
Carol. b. Offl.	1	28	366.75bG
Carlshütte	7	7½	110.50B
Carl. Losch W	7	19	286.00G
1601-2600	7	9	143.50G
Cassel Fedst	1	12	185.50G
Charlottenb.	7	8	117.25G
Charl. Wass.	O	14	284.25bG
Buckau	2	12	177.00G

Kali Aschers.	1	10	134.50bG
Kapler Masch.	1	4	63.00bG
Kattowitz Bg	1	14	232.00bG
Keula Eisen	7	5	87.50G
Kevling & Th.	1	8	125.00b
Kirchner & C.	7	16	210.50G
Klaus. Sp. ab	1	8	86.00G
Köhlmann St.	O	18	253.50b
Koll & Lourd.	5	15	245.75b

Schl. El. u. Gas	1	9	163.25bB
do. do. B	1	10	162.50b
do. Kohlen	7	0	17.25G
do. Ln. Krmst	9	9	137.00bG
do. Ptl. Cem.	1	12	159.25bG
Schf. Schulte	7	10	128.00G
H. Schneider	1	7	140.00b
Schöll. Eidkg	5	0	90.50B
Schomberg	O	19	139.25G

Deutsche Pfandbriefe — Renten-Briefe — Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen — Eisenbahn-Stamm-Aktien — Deutsche Lose — Ausl. Fonds u. Pfandbriefe — Strassen- u. Kleinbahnen — Schiffahrts-Aktien — Eisenbahn-Prior.-Obligat. — Deutsche Hypoth.-Pfandbr. — Obligat. industr. Gesellsch. — Bank-Aktien — Brauerei-Aktien: Berliner, Auswärtige — Industrie-Aktien — Wechselkurse — Geld, Silber, Banknoten

[illegible]

Geschäftsstelle. Bei Vergehen und Uebertretungen kann die Staatsanwaltschaft in besonders leichten Fällen von einer Strafverfolgung absehen. In diesen Fällen ist jeder, der ein berechtigtes Interesse an der Strafverfolgung nachweist, zur Erhebung der Privatklage befugt. Bei Vergehen und Uebertretungen, welche von jugendlichen Personen begangen werden, wird die öffentliche Klage nur dann erhoben, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. In der Strafprozeßordnung ist zum Ausdruck zu bringen, daß im Ermittlungsverfahren alle wichtigen Erhebungen durch die Beamten der Staatsanwaltschaft persönlich bewirkt werden sollen, und daß an denjenigen Orten, an welchen besondere Kriminalabteilungen bestehen, ein unmittelbarer Geschäftsverkehr zwischen den Vorstandsbeamten dieser Abteilung und der Staatsanwaltschaft stattfinden soll.

Oberlandesgerichtsrat Rosenberg macht folgende allgemeine Ausführungen: Das Legalitätsprinzip, das heißt die Pflicht der Staatsanwaltschaft, wegen aller strafbaren Handlungen einzuschreiten, sofern tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, soll durch den Entwurf weitere Ausnahmen erfahren. Es kann sich aber nur darum handeln, das Prinzip in maßvoller Weise zu beschränken. Eine solche Einschränkung ist in erster Linie notwendig bei Uebertretungen. Gegenwärtig werden Bagatellen und Lapalien verfolgt, sogar Fälle, in denen entschuldbarer, und selbst unvermeidlicher Irrtum vorliegt. Zugunsten des Entwurfes können nun die Erfahrungen angeführt werden, welche in anderen Ländern, sowie früher in Deutschland selbst mit dem Opportunitätsprinzip gemacht worden sind. Die Furcht, daß dadurch auf dem Gebiete der Uebertretungen eine Kabinettsjustiz geschaffen werden könnte, ist töricht und lächerlich. Die Hauptbedenken gegen die Opportunität liegen in der Ungleichmäßigkeit der Rechtsanwendung, zumal die Strafverfolgung bei Uebertretungen überwiegend in den Händen von unerfahrenen Assessoren und subalternen Polizeibeamten liegt. Das Verhältnis zwischen Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei ist bereits auf der letzten Versammlung der Kriminalistischen Vereinigung im Juni d. J. in Posen erörtert worden. Es empfiehlt sich, einen unmittelbaren Geschäftsverkehr zwischen der Staatsanwaltschaft und den Vorstandsbeamten der Kriminalabteilungen herbeizuführen und außerdem einzelne bewährte Kriminalbeamten jeder Staatsanwaltschaft zur unmittelbaren Verwendung beizuordnen. (Lebhafter Beifall.)

In der sehr angeregten Diskussion führte Staatsanwalt Feisenberger-Magdeburg als treuer Anhänger des Legalitätsprinzips folgendes aus: Ob es kriminal-politisch richtig ist, das bestehende Gesetz anzuwenden, erscheint fraglich. Wo liegt das öffentliche Interesse? Selbst wenn jemand da wäre, der das klar machen könnte, ist denn die Staatsanwaltschaft die Behörde, um hierüber zu entscheiden? In einem Ort kann es das öffentliche Interesse erfordern, daß eingeschritten wird, in einem benachbarten Ort liegt die Sache ganz anders. Davon erfährt aber die Staatsanwaltschaft nichts, sie soll sich nur nach den erhaltenen Anzeigen schlüssig machen. Gerade bei Uebertretungen halte ich die Staatsanwaltschaft nicht für die geeignete Behörde, um die Verfolgung zu übernehmen, sondern die Verwaltung.

Es kamen dann noch zahlreiche Freunde und Gegner des Legalitätsprinzips zu Wort. Schließlich einigte sich die Versammlung auf Grund der Referate und der Diskussion der beiden Beratungstage auf folgende

Entschließung:

„Die Deutsche Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung hält an ihrer Auffassung fest, daß für die Besserung unserer Strafjustiz eine durchgreifende Reform des Strafprozesses erforderlich ist, die im Zusammenhange mit einer Reform des Strafrechts vorgenommen werden müßte. Sie kann dem jetzt vorgelegten Entwurf nur als den ersten Schritt für die notwendige große Reform von Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug betrachten, erachtet aber auch hierbei folgende Aenderungen des Entwurfes für notwendig: 1. Bei der im Entwurf vorgesehenen Regelung der Berufung müssen auch in der Berufungsinstanz Laien zugezogen werden. Dabei ist die Möglichkeit ins Auge zu fassen, für das erstinstanzliche Verfahren mit zwei Gerichten, einem höheren und einem unteren Gericht, ohne eine Mittelstufe auszukommen. 2. Völlige Selbständigkeit der von allen inquisitorischen Elementen zu befreienden Hauptverhandlung, Beibehaltung der Grundsätze des jetzigen § 244 Absatz 1 der Strafprozeßordnung. 3. Gegen die Verhängung der Untersuchungshaft hat auf Antrag mündliche Verhandlung stattzufinden. Jedem wegen Vergehens oder Verbrechens Verhafteten ist auf Antrag ein Verteidiger zu bestellen. 4. Durchbrechungen des Legalitätsprinzips sind nur unter weitergehenden Kautelen als sie der Entwurf aufstellt, zulässig. — Ferner wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Behandlung jugendlicher Uebeltäter in formeller und materieller Beziehung durch ein Spezialgesetz geregelt werden möge."

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Ferner nahm die Versammlung noch eine weitere Entschließung an, durch welche sie ihre in Frankfurt a. M. eingesetzte Strafprozeßkommission beauftragt, die weitere legislative Behandlung des Strafprozeßentwurfes zu verfolgen.

Darauf wurde die außerordentliche Tagung mit den üblichen Schluß- und Dankesworten geschlossen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 7. Januar.

Unsere Gasanstalten,

deren hauptsächlichste Zahlen in dem am 31. März 1908 abgelaufenen Geschäftsjahr wir bereits mitgeteilt haben, besitzen ein Rohrnetz von 152 Kilometern, das etwas länger als die Strecke Halle-Saalfeld ist.

Der Verbrauch an Gaskohlen war im Verwaltungsjahre ganz beträchtlich, nämlich 22 344 368 Kilogr. westfälische, 738 180 Kilogr. böhmische, 5 860 000 Kilogr. niederschlesische und 6 340 510 Kilogr. englische Kohlen, im ganzen 35 283 058 Kilogr. im Werte von 741 195 Mark.

Die Gasausbeute betrug auf der Anstalt I für 1000 Kilogr. Kohlen 290,36 Kubikmeter, gegen 290,76 im Vorjahre, und auf der Gasanstalt II für dasselbe Gewicht Kohlen 299,90 Kubikmeter, gegen 291,70 Kubikmeter im Vorjahre.

Die Gasabgabe betrug für öffentliche Straßen- und Festbeleuchtung 1 223 856 Kubikmeter (+ 35 671 Kubikmeter gegen das Vorjahr), von Privatabnehmern und Behörden zu Leuchtzwecken 5 145 132 Kubikmeter (+ 109 596 gegen das Vorjahr), zu anderen Zwecken 3 209 404 Kubikmeter (+ 350 693 gegen das Vorjahr), auf den Gasanstalten 107 613 Kubikmeter (+ 7974 gegen das Vorjahr), dazu kommt ein Verlust von 657 973 Kubikmeter (+ 73 144 gegen das Vorjahr), so daß sich eine Gesamtabgabe von

10 343 980 Kubikmeter

ergibt, gegen 577 080 Kubikmeter im Vorjahre.

Von dem Gaswerk Giebichenstein wurden nach den Vororten Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz im Betriebsjahre 918 637 Kubikmeter Nutzgas abgegeben. Unter Hinzurechnung der Gasabgabe aus den städtischen Gasanstalten ergibt sich daher für die ganze Stadt ein Gasverbrauch von 10 604 644 Kubikmeter, und für den Kopf der Bevölkerung ein solcher von 60,24 Kubikmeter.

Die Gesamteinnahme

für das von den städtischen Gasanstalten erzeugte Gas beträgt 1 250 261 Mark, gegen das Vorjahr 56 887 Mark mehr. Von dem Gesamtverbrauch sind 4 520 374 Kubikmeter Gas zu Koch-, Heiz- und Kraftzwecken, zur öffentlichen Beleuchtung und in den Gasanstalten zu dem ermäßigten Preise von 10 Pfg. für das Kubikmeter berechnet worden. Zu dem Grundpreise von 16 Pfg. für das Kubikmeter wurden 5 154 232 Kubikmeter für 824 679 Mark verkauft.

An Nebenprodukten gewann man 507 456 Hektoliter Koke im Werte von 452 111 Mark (+ 24 386 Hektoliter gegen das Vorjahr), 1 583 080 Kilogr. Teer im Werte von 33 222 Mark (— 9873 Kilogr. gegen das Vorjahr), und 2 474 940 Kilogramm Ammoniakwasser im Werte von 14 889 Mark.

Zur Straßenbeleuchtung

fanden 3286 Gaslaternen Verwendung, also 106 Stück mehr als im Vorjahre. Davon brannte 2162 die ganze Nacht und 1112 während der Abendstunden bis 11 Uhr, und 12 Stück von 11 Uhr nachts bis früh. An Ersatzteilen für die Glühlichtlaternen sind 26 302 Glühkörper und 11 095 Zylinder nötig gewesen. Bei einer Gesamtbrennstundenzahl der Auerbrenner von 9 756 422 berechnet sich die durchschnittliche Gebrauchsdauer eines Glühkörpers auf 371 Brennstunden, die eines Zylinders auf 879 Brennstunden. Von den seither benutzten Oellaternen sind 110 Stück in Spiritusglühlichtlaternen umgewandelt worden. Am Jahresschluß waren nur noch 23 Oellaternen vorhanden.

Aus dem Betriebsabschluß ergibt sich ein

Reingewinn

von 468 931 Mark, gegen den des Vorjahres von 508 894 Mk.

Auch über 100 Prozent?

Der Damm reißt. Von der Flut der allgemeinen Steuererhöhungen werden jetzt anscheinend auch die 100 Prozent, an denen Berlin mit aller Gewalt sich festgeklammert hatte, um in seinem Etat von der Regierung unabhängig zu sein, hinweg geschwemmt.

Zwar sind dort noch vierzig Spezialetats zu erledigen, bis sich über den Stadthaushalt des neuen Jahres ein volles Bild wird gewinnen lassen; aber schon jetzt scheint es ausgeschlossen, daß die Balancierung des Etats sich mit 100 Prozent aufrecht erhalten läßt. Diesmal müssen mehrere Millionen neu eingestellt werden, an denen keine Abstriche möglich sind; so z. B. an der Verzinsung und Amortisation der letzten 228-Millionen-Anleihe, die in diesem Jahre beginnen muß. Ferner hat Berlin nach dem jetzt in Kraft tretenden neuen Polizeikostengesetz zwei Millionen Mark mehr für die Polizeiverwaltung beizusteuern.

Und endlich kommen die Erhöhungen der Gehälter und Arbeitslöhne hinzu, die auf vier bis fünf Millionen Mark jährlich veranschlagt werden.

Zur Lehrerbesoldungsvorlage.

Das Publikationsorgan des Landesvereins Preußischer Volksschullehrerinnen hat ein Sonderblatt herausgegeben, das die Beschlüsse der Kommission über die

Alterszulagen der Lehrerinnen

beleuchtet. Es heißt darin:

„Die 1. Lesung des Besoldungsgesetzes in der Kommission des Abgeordnetenhauses ist beendet. Sie hat unter dem Druck unserer Arbeit und angesichts des scharfen Protestes der außerordentlichen Generalversammlung des Landesvereins jenes erbärmliche Grundgehalt von 1050 Mark begraben. Somit haben die Abgeordneten es abgelehnt, die junge Lehrerin dem Darben zu überliefern, sie sind den Weg des preußischen Staates nicht gegangen, der die gebildete Frau, welche ihr Leben dem Werke der Volkserziehung widmet, dem untersten Subalternbeamten gleichstellen wollte. Die Beschlüsse der 1. Lesung waren

Grundgehalt	Alterszulagen
Lehrer: 1400 Mk.	4 × 250, 5 × 200 Mk.
Lehrerin: 1200 Mk.	9 × 150 Mk.

Wir alle atmeten auf! Also eine kleine Verbesserung in Stadt und Land! Die Möglichkeit einer bescheidenen Ernährung und nach 12—15 jährigem Dienst auch die Aussicht auf Behagen im eigenen Heim. Nach 31 jährigem Staatsdienst aber, nicht mehr wie jetzt die bittersten Entbehrungen, sondern durch die Alterszulage von 150 Mk. ein Ruhegehalt, das die Not verscheucht.

Was aber geschieht zwischen der 1. und 2. Lesung? Die Regierung erklärt die Beschlüsse der Kommission für zu weit gehend, der Finanzminister v. Rheinbaben leitet private Verhandlungen ein, und ehe noch die 2. Lesung der Kommission beginnt — hat man sich verständigt.

Die Abmachungen aber lauten:

Grundgehalt	Alterszulagen
Lehrer: 1400 Mk.	2 × 200, 2 × 250, 5 × 200 Mk.
Lehrerin: 1200 Mk.	3 × 100, 5 × 150, 1 × 200 Mk.

Somit werden die 150 Mk., welche am Grundgehalt zugelegt wurden, bei den ersten 3 Alterszulagen auf Heller und Pfennig wieder abgezogen!! Nur für das 31. Dienstjahr beschloß man eine Verbesserung von ganzen 50 Mk. für die Lehrerinnen. Faßt wie ein Hohn erscheint diese Fatamorgana, die den Staatssäckel wenig belasten wird.

Dagegen sehe man die 50 Mk. mehr beim Grundgehalt der Lehrer und die 2 × 50 Mk. Verbesserung für die Lehrer in den mittleren Dienstjahren.

Es soll somit gehen, geehrte Kolleginnen, wie wir es hundertmal in den Kommunen mit tiefster Erbitterung erlebt haben. Sind die Lehrer nicht zufrieden mit ihren Gehaltssätzen, nun — die einfachste Methode!: man erniedrigt die Sätze für die Lehrerinnen, dann ist Geld da, die Wähler sind beruhigt, und über die Not der Frauen schreitet man mit Achselzucken hinweg. An manchen Orten haben sich die Stadtverordneten geschämt, diesen elenden Weg zu gehen, aber in der Luft schwebten diese Vorschläge stets.

Der preußische Staat aber, über dem das Wort geschrieben steht „Jedem das Seine" kümmert sich darum nicht. Er macht Lehrerbesoldungsreform auf Kosten der Lehrerinnen. Die Abgeordneten aber, die berufenen Vertreter des ganzen Volkes, beugen sich unter das Joch. Rechte der Frauen haben sie nicht zu vertreten. Im Gegenteil, wenn es gilt, die Frau zu schlagen, ihr den hart verdienten Lohn treuer Arbeit zu kürzen — dann sind alle Parteien bereit und alle Parteien einig!

Diese Kürzungen der selbst von der Regierung zuerst als notwendig bezeichneten Alterszulagen werden an vielen Orten eine

Herabsetzung der bisherigen Bezüge der Lehrerinnen

zur Folge haben, denn Grundgehalt und Alterszulagen sind die festen Säulen unserer Besoldung. Ortszulagen sind in das Belieben der Gemeinden gestellt.

Somit ist der einzige für die Frau wertvolle Teil des Entwurfes durch dieses unwahrhaftige Geben und sofort Wiedernehmen auch noch in sein Gegenteil verkehrt worden.

Aber, geehrte Kolleginnen, diese Not darf uns nicht tatenlos finden. Noch stehen die Verhandlungen im Plenum: die 2. und 3. Lesung bevor. Sie sollen nach Weihnachten stattfinden. Das, was man hier den Frauen abzieht, ist für den preußischen Etat eine ganz minimale Summe.

Darum gilt es, alle Kräfte anzuspannen! Alle Abgeordneten müssen persönlich besucht werden, jeder Verein muß eine Petition an den Landtag senden, in öffentlichen Versammlungen müssen Protest-Resolutionen gefaßt werden.

So allein ist es möglich, diese schmachvolle Verkürzung der Frauengehälter abzuwenden."

Die kräftige Tonart der Damen läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Aus der Kirchengemeinde U. L. Frauen. Von den 965 Kirchsitzen sind zurzeit etwa 300 vermietet. Es fehlt also an freien Sitzplätzen nicht. Meldungen um feste Sitze sind an den Küster, An der Marienkirche 2, zu richten. Auf der Empore der Kanzel gegenüber kostet der Sitz 4, im Kirchenschiff je nach der Lage 3 oder 1,50 Mk. Im einzelnen Gottesdienst hört das Platzrecht für den Inhaber auf, wenn dieser bis zum Schluß der Liturgie (Altardienst) seinen Platz nicht eingenommen hat. Es tritt außer Kraft bei Gottesdiensten oder sonstigen Veranstaltungen, deren Bestimmung über den Kreis unserer Gemeinde hinausreicht.

Patronatsvertreter. An Stelle des Herrn Dr. Krahmer hat der Magistrat den jetzigen Dezernenten für Kirchensachen, Herrn Stadtrat Frenzel, zum Patronatsvertreter für die Kirche zu U. L. Frauen bestellt, der gleichzeitig seinen Eintritt in den Gemeindekirchenrat erklärt hat.

Kreisverein Halle im Verbande Deutscher Bureaubeamten. Die nächste Monatsversammlung findet am Sonnabend abend in Sergels Wein- und Bierhaus statt. Es wird der zweite Vorsitzende des Vereins, Herr Bureauvorsteher Gustav Benner einen Vortrag über Umhüllungen und Verkleidungen in der deutschen Sprache halten.

Der Kriegerverein Alemannia hält seine Generalversammlung am Freitag abend 8½ Uhr im Vereinslokal „Mars la Tour" ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. Vorstandswahl.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung, für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Noch eine zweite Kasse.

Vielfachen Wünschen des Publikums würde es entsprechen, wenn Herr Direktor Richards sich endlich entschließen könnte, eine zweite Kassiererin anzustellen, oder jedenfalls eine weitere Verkaufsstelle für Billetts einzurichten. Es wird häufig und berechtigt Klage geführt, weil das Publikum, das teure Plätze kaufen will, stundenlang warten muß, ehe die billigen Plätze verkauft sind, da natürlich, besonders wenn Nachmittags- und Abendvorstellung stattfindet, der Andrang an einer Kasse viel zu stark ist und um Galerieplätze das Drängen groß ist. Es ließe sich leicht Abhilfe schaffen, Raum und Personal wäre wohl vorhanden. Das Sparen an dieser Stelle ist wenig angebracht.

Einer für Viele.

Provinzial-Nachrichten.

Der Mädchenmord in Weißenborn.

Lüderode, 5. Jan. Die von uns bereits gemeldete, am Sonntag abend verübte Tat des polnischen Knechts Michael Nowak an dem noch nicht 16 Jahre alten Dienstmädchen Bertha Schindewolf, charakterisiert sich als vorsätzlicher und mit Ueberlegung ausgeführter Mord.

Dem Gendarmen, der ihn verhaftete, hat Nowak selbst zugegeben, daß er die Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt habe, weil die Mutter der Schindewolf ihm den ferneren Verkehr mit dem Mädchen untersagt hatte. Das war deshalb geschehen, weil Nowak bei einem Streit mit jungen Leuten das Messer gezogen hatte; einem gewalttätigen Menschen wollte die Mutter ihr Kind nicht anvertrauen. Daß die Tat mit Vorsatz ausgeführt ist, geht daraus hervor, daß N. sich in Duderstadt einen Revolver mit 20 Patronen kaufte und äußerte, daß er erst das Mädchen und dann sich erschießen wolle; „mit anderen solle die Bertha nicht poussieren". Am Sonntag abend ging Nowak in das Lierscher Haus zu Lüderode, wo die Schindewolf diente. Da das Mädchen nicht anwesend war, lauerte der Mordbube in dem überbauten Toreingange auf sein Opfer. Als die Schindewolf mit zwei Freundinnen in das Haus zurückkehren wollte, trat Nowak in die Hoftür und gab aus nächster Nähe zwei Schüsse auf das Mädchen ab, das sofort zu Boden fiel. Die beiden Begleiterinnen des Mädchens liefen laut schreiend auf die Straße zurück. Nowak feuerte noch drei Schüsse auf die anderen Mädchen, die aber zum Glück ihr Ziel verfehlten. Dann lief der Mordgeselle über den Hof hinter den Gärten entlang nach der zum Kloster Gerode gehörigen Schreckenmühle; dort gab er zwei Schüsse auf sich ab, einen an die Kopfseite und einen in den Mund. Da die Schüsse nicht tödlich wirkten, lief er nach Weißenborn in das Haus seines Dienstherrn und dann in den Wald, wo er in einem Kalksteinbruch gegen ½11 Uhr abends von dem ihn verfolgenden Wachtmeister Koch, der zufällig in Weißenborn anwesend war, aufgefunden und verhaftet wurde. Das Opfer des Mörders starb abends ¾11 Uhr, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Der Mörder ist 26 Jahre alt und seit ¾ Jahren im Dorfe. Die Ermordete war die einzige noch lebende Tochter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090107017/fragment/page=0005

ihrer Eltern. Eine Schwester von ihr ist in der Spree ertrunken.

Das Opfer eigenen Fürwitzes.

Plessa, 5. Jan. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern morgen hier zugetragen. Die Anfang der vierziger Jahre stehende Frau Hanna Gärtner von hier wollte mit dem Frühzuge 6,50 Uhr nach Elsterwerda fahren, verspätete sich aber und kam bereits vor die geschlossene Barriere. Kurz entschlossen hob sie dieselbe hoch, um noch die Gleise zu überschreiten und zum Bahnhof zu gelangen. In demselben Augenblick nahte jedoch der Zug und der rechte Puffer warf die Frau auf die Schienen, wo sie überfahren wurde. Die Unglückliche war sofort tot.

Lustmord an einem Knaben.

× **Göttingen**, 6. Jan. In der Nähe von Hameln wurde heute morgen im Walde die Leiche des seit langem vermißten Knaben Hans Breske von Soldaten aufgefunden; aller Wahrscheinlichkeit nach liegt Lustmord vor.

Noch keine Schiffahrt.

Magdeburg, 5. Jan. Die Versuche, die Elbschiffahrt nach Hamburg zu eröffnen, sind an dem niedrigen Wasserstand gescheitert. Vom Oberlauf des Stromes wurde zudem ein weiteres Fallen des Wassers gemeldet.

? **Siersleben**, 5. Jan. (Zwei Kinder gerettet.) Gestern nachmittag fiel der vierjährige Knabe Albrecht in den hiesigen Teich. Seine 10jährige Schwester wollte ihn retten, verschwand aber ebenfalls im Wasser. Dem Hinzukommen des Mühlenbesitzers Hempel aus Helmsdorf ist es zu danken, daß die Kinder gerettet wurden.

)!(**Weißenfels**, 5. Jan. (Erhängt.) Heute mittag 12 Uhr erhängte sich in ihrer Wohnung die 30jährige Ehefrau des Landbriefträgers Arno Bürgold, Frida geb. Seifert. Langandauernde Krankheit ist die Ursache zum Selbstmord.

+ **Kretzschau**, 6. Jan. (Selbstmord eines Soldaten.) Die Annahme, daß der hier auf Urlaub weilende plötzlich verschwundene Pionier Wilhelm sich ein Leid angetan hat, findet ihre Bestätigung, seine Leiche wurde gestern nachmittag in der Elster in der Nähe der Haltestelle Haynsburg gefunden. Was den jungen Mann in den Tod getrieben, ist rätselhaft. Nach den Aussagen eines Kameraden seiner Kompagnie hat er sich beim Militär recht gut gestanden.

)(**Magdeburg**, 5. Januar. (Hinter dem früheren Direktor) der Schönebecker Metallwarenindustrie Robert Tresskow erließ die Staatsanwaltschaft einen Steckbrief wegen Betruges.

)(**Gröbzig**, 6. Jan. (Zweimal ausgerissen.) Kurz vor Weihnachten sollte der jugendliche Arbeiter P. hier wegen Diebstahlsverdachts verhaftet und an das Amtsgericht Löbejün abgeliefert werden. Auf dem Wege dorthin, zwischen Werdershausen und Schlettau, entschlüpfte er seinem Führer und entkam nach heftigem Ringen, nachdem er zweimal durch die Fuhne gelaufen war. Endlich, am Silvester, war es gelungen, den Ausreißer in der elterlichen Wohnung wieder festzunehmen und in sicheren Gewahrsam nach L. zu bringen. Doch bereits am Neujahrsmorgen entschlüpfte er wieder auf dem Gefängnishof durch eine offene Tür und entkam.

§ **Gernewitz**, 5. Jan. (Ein frecher Diebstahl) ist Sonntag abend hier im Gasthof verübt worden. Während des Tanzvergnügens ist dem Gastwirt Geisenhainer aus der Schlafstube eine Brieftasche mit über 900 Mark Inhalt gestohlen worden. Die leere Tasche wurde noch in der Nacht vom Gendarmerie-Wachtmeister aus Laasdorf auf der Brücke vor dem Gasthof gefunden.

* **Jessen**, 5. Jan. (Fast wie Jägerlatein) klingt ein Jagderlebnis, das sich auf dem Revier zu M. bei Seyda zugetragen hat. Eine Schonung, von der man wußte, daß hier Hirsche wechselten, war von Jägern umstellt worden. Plötzlich rauscht es im Dickicht. Die Hirsche mit dem Leittier an der Spitze brechen hervor und stürmen direkt auf den Apotheker B. aus W., einen als tüchtigen Weidmann bekannten Herrn, los. Ehe er noch zum Schuß kommen kann, setzen die gehetzten Tiere über ihn hinweg und reißen ihn zu Boden. Das allgemeine Gelächter der Augenzeugen verstummt bald, als man bemerkt, daß Herr B. leblos daliegt und keine Miene macht, sich wieder zu erheben. Erst nach längerer Zeit kommt er wieder zur Besinnung. Das Gesicht war durch die Schalen der über ihn hinstürmenden Tiere arg verletzt. Beim Hinfallen hatte sich überdies noch das Gewehr entladen, und es hätte leicht dadurch noch größeres Unglück entstehen können.

— **Dessau**, 5. Jan. (Ein großer Urnenfund) ist kürzlich auf dem südlichen Teile des Herzoglichen Obstmustergartens an der alten Leipziger Straße hierselbst gemacht worden. Es wurden gegen 50 Urnen der verschiedensten Größe und Form, teilweise mit reicher Verzierung, in nicht bedeutender Tiefe gefunden, von denen etwa 20 fast unversehrt geborgen werden konnten. Viele andere zerbrochene Gefäße können aus den Stücken unschwer wieder zusammengesetzt werden. Die Urnen enthielten auch zahlreiche vorzüglich erhaltene bronzene Schmuckgegenstände aller Art, Ohrgehänge, Spangen, auch allerlei Hausgeräte.

□ **Altenburg**, 5. Jan. (Drei Töchter zu gleicher Zeit als Bräute vor dem Altar) zu sehen, dieses Glück hatte hier das Hofkutscher Moritz Wagnersche Ehepaar. Weite Kreise der Bevölkerung haben an diesem hier wohl noch nie vorgekommenen Familienereignis Anteil genommen.

§ **Gera**, 5. Jan. (Den Löwen in der eigenen Höhle) suchten Spitzbuben auf, die einen verwegenen Einbruchsdiebstahl im Hause des Ersten Staatsanwalts Blochmann vollführten. Mit einer Leiter stiegen die Diebe in den Klosettraum und begaben sich in die Küche, taten sich an den vorhandenen Eßwaren gütlich und entwendeten aus einer Schublade ein Portemonnaie mit 21 Mark Inhalt. Dann nahmen sie Reißaus, als sie gestört wurden

Gerichtsverhandlungen.

Ein thüringischer Sensationsprozeß.

II.

(Nachdr. verb.) S. u. H. **Weimar**, 6. Januar.

Unter ungeheurem Andrang aus allen Kreisen der Bevölkerung Weimars und der Musenstadt Jena begann heute die Verhandlung.

Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Lüher. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Mittermüller. Einen Verteidiger hat der Angeklagte Wernsdorf nicht auftreiben können. Der Strafantrag ist vom Großherzoglich Sächsisch-Weimarischen Justizministerium gestellt worden. Die übrigen Angeklagten werden der Beihilfe bezw. Verbreitung verleumderischer Beleidigungen beschuldigt. Die Anklage gegen Seifert wird vorläufig abgetrennt, weil er angeblich krank ist.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses lehnt Dr. Wernsdorf sämtliche Richter als befangen ab. Der Gerichtshof zieht sich zurück, und nach kurzer Beratung erklärt der Vorsitzende, daß die Richter die amtliche Erklärung abgegeben hätten, daß sie sich nicht befangen fühlten. Darauf wird der Eröffnungsbeschluß verlesen.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wies Staatsanwalt Mittermüller darauf hin, daß in der vorliegenden Sache bereits am 9. Mai bezw. am 25. November 1908 Termin zur Hauptverhandlung angesetzt gewesen, beide Male aber aufgehoben worden sei, und erklärt im Anschluß daran: In der Presse ist ausgeführt worden, daß „bei gewissen Fällen" anscheinend die Absicht bestände,

die Sache im Sande verlaufen

zu lassen. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, sich hierzu zu äußern. — Vors.: Die Verzögerung in der Behandlung der Angelegenheit ist dadurch hervorgerufen worden, daß ich dem Antrage des Angeklagten stattgegeben habe, einen Sachverständigen über die Broschüre zu hören. Die Akten sind bei diesem Sachverständigen vom 25. August bis zum 25. November 1908 liegen geblieben; daraus erklärt sich die Verzögerung. — Vors. (zum Angeklagten Dr. Wernsdorf): Wollen Sie sich jetzt kurz zur Anklage äußern? — Angeklagter Dr. Wernsdorf hält darauf folgende ziemlich konfuse Ansprache: Mein Beruf ist der eines wissenschaftlichen Schriftstellers, und ich bin zur Anklage gekommen durch

persönliche Reibungen mit der Justiz.

Ich stehe auf dem Standpunkte eines berühmten Pariser Advokaten, der einmal gesagt hat: „Wenn ich in den Verdacht komme, die Glocken von Notre Dame gestohlen zu haben, dann würde ich sofort über die Grenze fliehen. Diese pessimistische Auffassung hat mich bewogen, die Flucht in die Oeffentlichkeit zu ergreifen, und so bin ich zur Anklage gekommen. Sie ist von mir

mit vollem Bewußtsein provoziert

worden. — Der Angeklagte Freitag äußert auf die gegen ihn erhobene Anklage: Ich habe die beleidigenden Eingaben zwar unterschrieben, sie aber nicht durchgelesen. Wernsdorf sagte zu mir: „Das ist meine Sache; ich habe studiert." Ich nehme daher auch keine Strafe an; das fällt alles Wernsdorf zur Last. — Der Angeklagte Seyfarth erklärt ebenfalls, den Inhalt der Broschüre nicht gekannt zu haben.

Es werden dann zunächst die Beleidigungen gegen den Gerichtsvollzieher Ebert erörtert, die sich in verschiedenen Eingaben Wernsdorfs an die Behörden finden. In diesen Eingaben wird dem Gerichtsvollzieher Ebert Hausfriedensbruch, Erpressung, Mißbrauch der Amtsgewalt u. a. vorgeworfen. Die Vorwürfe resultieren aus einer Pfändung, die Ebert bei Wernsdorf vorgenommen hatte, und die nach der Behauptung Wernsdorfs nicht korrekt vorgenommen worden sei. In den Eingaben finden sich Ausdrücke wie „Machtiltzel der subalternen Beamtenkanaille" und „Lust an der Ausübung von Brutalitäten". In einer Eingabe wirft Wernsdorf dem Staatsanwalt vor, entweder unfähig zu sein zu seinem Amte oder gefliſſentlich das Recht gebeugt zu haben. — Die Verlesung der verschiedenen Eingaben und Akten nimmt geraume Zeit in Anspruch. Die inkriminierte Broschüre „Blatt 11 der Nachlaßakten" behandelt besonders ausführlich den Fall Schorn, der in früheren Jahren wiederholt die weimarischen Zivil- und Strafgerichte beschäftigt hat mit dem Erfolge, daß die Ansprüche Schorns abgewiesen wurden und Schorn selbst von der Anklage der Erpressung freigesprochen wurde. Der Inhalt der Broschüre ist im wesentlichen folgender: Der unverheiratete Landwirt Gustav Schorn hatte von seiner im Jahre 1886 verstorbenen Schwester Amalie zwei Bankguthaben von je 7800 Mark geerbt, die bei den Firmen W. Koch jun. und Gerstung deponiert waren. Die Firma Koch zahlte das Guthaben aus; von Gerstung erhielt Schorn jedoch nur einen Betrag von etwa 211 Mark auf Grund eines von ihm vorgelegten Rentenscheines. Im übrigen verweigerte Gerstung weitere Zahlungen, stellte jedoch nach Wernsdorfs Behauptung das Depot von 7800 Mark Wertpapieren der Schwester Schorns keineswegs in Abrede, sondern verlangte für den Zweck der Zahlung oder Auslieferung Vorzeigung und Abgabe des Depotscheines, den Schorn damals aber nicht herbeischaffen konnte. Auf die Aufforderung des Nachlaßgerichts reichte dann Gerstung am 6. Januar 1887 ein Verzeichnis der von Amalie Schorn bei ihm hinterlegten Wertpapiere zu den Nachlaßakten ein. „Dieses Verzeichnis ist, so heißt es wörtlich in der Broschüre, als Blatt 11 der Nachlaßakten der Ausgangspunkt unseres Kliquenverbrechens geworden und hat im Laufe der Jahre verschiedene Umwandlungen erfahren."

Am 27. Januar 1887 gab Schorn vor dem Amtsgericht Jena das Vermögen seiner verstorbenen Schwester mit 7800 Mark und 150 Mark rückständige Zinsen darauf an, ließ also das Depot bei der Firma Koch unerwähnt, wie Dr. Wernsdorf meint, entweder aus reiner Naivität oder aus Berechnung, um die Zahlung der Erbschaftssteuer zu umgehen. Darin liegt nach Wernsdorfs Ansicht

der dramatische Knoten.

Im Jahre 1893 war der Bankier Gerstung gestorben, und seine Tochter, die verwitwete Regierungsrat Wedekind, hatte als alleinige Erbin die Erbschaft ihres Vaters angetreten. Als nun Schorn mit der Erbin in Verbindung trat, um das Geld ausgezahlt zu erhalten, ließ sich diese durch ihren Sohn, der damals Referendar beim Amtsgericht in Jena war und später Rechtsanwalt wurde, Dr. jur. Johannes Wedekind, vertreten. In der Broschüre wird nun weiter berichtet, wie Schorn anfangs März 1894 beim Ausräumen eines Koffers seiner verstorbenen Schwester mehrere Depotscheine und andere Nachweise des Schuldverhältnisses von Gerstung zu der Amalie Schorn fand und damit zum Nachlaßgericht ging, um die Uebereinstimmung der Nummern der Urkunden festzustellen. Bei dieser Gelegenheit machte ihm der damalige Nachlaßrichter und heutige Zeuge Dr. Junghert darauf aufmerksam, daß auf Blatt 11 der Nachlaßakten

die Unterschrift Gerstungs „ganz frisch" ausgeschnitten

sei. Bald darauf soll der untere Teil des Blattes gänzlich abgeschnitten und noch später das ganze Dokument durch eine „Kopie" ersetzt worden sein, in der aber grobe Schreibfehler und andere Flüchtigkeiten enthalten sein sollen. Ziemlich unverblümt erhebt Dr. Wernsdorf auf Grund des Satzes: cui bonum? gegen den damaligen Referendar Wedekind den Vorwurf, daß er sich auf Grund einer amtlichen Stellung Zugang zu den Nachlaßakten verschafft und die Fälschung bezw. Vernichtung in den Akten verübt habe, um seiner Mutter einen Vermögensvorteil zu verschaffen, indem er Schorn die Glaubhaftmachung seines Anspruches an Frau Wedekind unmöglich machte. Da Schorn in mehreren Zivil- und Strafprozessen keinen Erfolg in der Aufklärung dieser Erbschaftssache erzielte und auch eine Audienz beim Landesherrn nicht den gewünschten Zweck erreichte, erhebt Dr. Wernsdorf gegen sämtliche bei diesen Verfahren beteiligten Richter, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher den Vorwurf, wider besseres Wissen die Feststellung der Wahrheit verhindert zu haben nach dem Grundsatze: Eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus. Gegen den Kommerzienrat Koch, der in dem Zivilprozeß als Zeuge bekundet hatte, daß die auf Blatt 11 der Nachlaßakten verzeichneten Papiere seiner Firma vor dem Tode der Amalie Schorn übergeben worden seien, erhebt Wernsdorf die Beschuldigung, zugunsten Wedekinds einen wissentlichen Meineid geleistet zu haben. Außerdem beschuldigt Wernsdorf in der Broschüre den Rechtsanwalt Schorns, Dr. Günther, und den Gerichtsvollzieher Ebert, absichtlich zum Nachteile Schorns vorgegangen zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der Dramaturg des Karlsruher Hoftheaters Rechtsanwalt Dr. Karl Wolff, der Gemahl der Schriftstellerin Johanna Wolff-Friedberg, wird am 1. Februar aus seiner Stellung ausscheiden und will sich später an der philosophischen Fakultät der Universität Berlin habilitieren. — Der Direktor a. D. der Handschriften abteilung der Königlichen Bibliothek in Berlin, Geh. Regierungsrat Dr. phil. Valentin Rose feiert am 8. d. M. seinen 80. Geburtstag. — In Wiesbaden ist der a. o. Prof. für Gynäkologie an der Universität Greifswald, Geh. Medizinalrat Dr. Franz Freiherr von Preuschen von und zu Liebenstein gestorben. Seit einem Jahrzehnt war er von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden. — Zum Geh. Hofrat wurde der Prof. der Chemie an der Universität Freiburg i. Br. Dr. Heinrich Kiliani ernannt. — Dem Privatdozenten und Assistenten bei Prof. Paschen am physikalischen Institut der Universität Tübingen, Dr. Richard Gans, wurde der Titel und Rang eines ao. Prof. verliehen. — Der funktionsweise ausgestellte Oberarzt an der psychiatrischen Klinik der Universität München, Privatdozent für Psychiatrie Dr. med. Alois Alzheimer, wurde zum Oberarzt daselbst in etatsmäßiger Eigenschaft ernannt. — Dem Ordinarius und Direktor der medizinischen Klinik Dr. med. Ernst Romberg an der Universität Tübingen wurde vom König von Württemberg das Ehrenkreuz des Ordens der Württembergischen Krone verliehen, mit dem der persönliche Adel verbunden ist. — Der Professor der orientalischen Philologie an der Universität Jena, Karl Vollers, ist gestorben. Vollers war 1857 in Hoyksiel in Oldenburg geboren und kam nach Beendigung seiner Universitätsstudien nach Kairo als Direktor der vizeköniglichen Bibliothek. Im Wintersemester 1896/97 erhielt er einen Ruf an die Universität Jena als Nachfolger Stickels, für orientalische Philologie und zur Leitung des orientalischen Münzkabinetts. — Der Direktor des königlichen astronomischen Recheninstituts Prof. Dr. Bauschinger in Berlin hat einen Ruf nach Straßburg als Direktor der dortigen Sternwarte erhalten. Er hat sich noch nicht entschieden, ob er Folge leisten wird.

Letzte Nachrichten.

Die Todesstrafe in Frankreich bleibt.

Paris, 6. Jan. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich eingehend mit dem **Kammervotum über die Aufrechterhaltung der Todesstrafe.** Es kam zu einer Verständigung der Minister in dieser Frage. **Clemenceau, der bisher für die Abschaffung der Todesstrafe eingetreten war, erklärte, das Kammervotum könne nicht beachtet werden. Der Justizminister** war der Ansicht, die öffentliche Meinung müsse Genugtuung erhalten. **Der Präsident der Republik** pflichtete ihm bei und sprach sich dahin aus, daß alle Fälle einer sehr sorgfältigen Prüfung unterzogen werden, und daß Begnadigungen nur eintreten sollten, wenn Gründe hierfür vorlägen. **Infolgedessen sind für die nächste Zeit eine größere Anzahl Hinrichtungen zu erwarten, da 28 zum Tode Verurteilte ihrer endgültigen Aburteilung harren.**

Zur süditalienischen Katastrophe.

Messina, 6. Jan. **Die Erdstöße dauern fort.** Gegen mittag erfolgte ein neuer heftiger Erdstoß, der große Aufregung hervorrief.

Neapel, 6. Jan. Die neuen Meldungen aus Messina sind schauerlich. Zurzeit befinden sich 3500 Mann Truppen dort. **Fälle von Typhus** sind vorgekommen. Auch der Ausbruch von anderen **Epidemien** wird befürchtet.

Die Hyänen des Trümmerfeldes.

Neapel, 6. Jan. **Räuber** leiten in Messina nachts an **verschiedenen Stellen Feuer an und versuchten ein Attentat auf die Banca Italia, wo Feuerwehrleute beschäftigt waren, einen Geldschrank, der mehrere Millionen barg, zu retten. — Der Dampfer „Oriona" brachte heute noch 174 Räuber hierher, von denen 100 erschossen werden. Der „Matino"** sagt, bald würde auch ein **Kriegsgericht gegen die Soldaten** stattfinden, die sich zu **Diebstählen verleiten** ließen.

Der Lustmord von Hameln.

Hameln, 6. Jan. **Der in der Nähe von Meyersgrund tot aufgefundene fünfjährige Knabe war bis aufs Hemd entkleidet. Der Unterleib war aufgeschlitzt, so daß die Gedärme hervortraten. Man nimmt an, daß der Knabe im Anschluß an ein Sittlichkeitsverbrechen ermordet wurde. Von dem Täter fehlt vorläufig jede Spur.** (Siehe auch unter „Provinz".)

Selbstmord eines Gerichtsaktuars.

Aurich, 6. Jan. In der vergangenen Nacht erschoß sich hier der Gerichtsaktuar Müller aus Peine. Er war seit dem 1. Januar hier, bis dahin in Hannover. **Spielschulden** sollen die Ursache des Selbstmordes sein.

Unterhaltungsblatt.

Sündige Mütter. Roman von Anny Wothe. (Fortsetzung.) — Mein Bursche Fridolin. Humoreske von Th. v. Harbou. — Bunte Zeitung. Aus dem Englischen. — Litteratur.

Leitung. Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinznachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann, für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz, für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090107017/fragment/page=0006